

## Damian Mac Con Uladh

„Studium bei Freunden?“ Ausländische Studierende in der DDR bis 1970

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.916>

Reprint von:

Damian Mac Con Uladh, „Studium bei Freunden?“ Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 175-220

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Damian Mac Con Uladh (2005), „Studium bei Freunden?“ Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.916>

Ursprünglich erschienen als: Damian Mac Con Uladh, „Studium bei Freunden?“ Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 175-220

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 29

Christian Th. Müller  
Patrice G. Poutrus (Hg.)

# Ankunft – Alltag – Ausreise

Migration und interkulturelle Begegnung  
in der DDR-Gesellschaft



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Gerda-Henkel-Stiftung

(483/ZZF 17785)

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

„Neue Wache, Berlin 1990“ (Foto: Stefan Moses – alle Rechte beim Fotografen)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln  
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln  
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11  
[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-14605-6

# Inhalt

CHRISTIAN TH. MÜLLER/PATRICE G. POUTRUS

Einleitung .....	9
------------------	---

CHRISTIAN TH. MÜLLER

„O’ Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag .....	17
1. Einführung.....	17
2. Mentalitätsgeschichtliche Annäherung an das Problem der Studie .....	22
3. Die Rolle der GSSD in der Geschichte der DDR .....	32
4. Deutsch-sowjetische Beziehungen und die Wahrnehmung der GSSD in unterschiedlichen Erlebniswelten.....	99
5. Schlussfolgerungen.....	133

MICHAEL SCHWARTZ

Vertriebene als Fremde. Integrationsprobleme deutscher Zwangsmigranten in der SBZ/DDR .....	135
1. Vertriebene als Randgruppe: Problemdiagnosen in der SBZ/DDR.....	137
2. Umstrittene Antidiskriminierungs-Politik „zum Schutze der Neubürger“ .....	145
3. Fremdheit durch Eigenes: Kulturelle Differenz als Abgrenzungsfaktor.....	152
4. Von der Ausgrenzung zur Selbstabgrenzung: Stolz auf die Fremdheit .....	156
5. SED-Assimilationspolitik und fremde Vertriebene.....	161
6. Schluss.....	170

DAMIAN MAC CON ULADH

„Studium bei Freunden?“

Ausländische Studierende in der DDR bis 1970 .....	175
1. Zum historischen Kontext.....	177
2. Das studentische Leben in den Universitäten .....	179
3. Jenseits der Universitätsmauern – die Interaktion mit der DDR-Bevölkerung.....	197
4. Ergebnisse.....	218

PATRICE G. POUTRUS

„Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft.....

.....	221
1. Erziehung als Idealfall: Die griechischen Flüchtlingskinder .....	224
2. Die Veteranen des spanischen Bürgerkriegs.....	233
3. Iraner und andere Fremde mit unsicherer Herkunft.....	241
4. Der Algerienkrieg als Bürgerkrieg in der DDR.....	248
5. Der schwierige Übergang vom Internationalismus zum Antimperialismus: Das Beispiel Südafrika .....	253
6. Ausblick: Die chilenischen Emigranten in den siebziger Jahren .....	258
7. Fazit.....	264

DAGMARA JAJEŚNIAK-QUAST

„Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben.....

.....	267
1. Einführung.....	267
2. Klassifizierung der ausländischen Arbeitskräfte .....	270
3. Unterschiedliche Behandlung.....	277
4. Branchenunterschiede – Exkurs: EKO .....	284
5. Länderunterschiede.....	287
6. Probleme des Alltags – Möglichkeiten und Grenzen der Integration .....	288
7. Fazit.....	294

JONATHAN R. ZATLIN

„Polnische Wirtschaft“ – „deutsche Ordnung“?  
Zum Umgang mit Polen in der DDR..... 295

1. Verordneter Antirassismus ..... 298
2. Heuschrecken und Diebe zu Gast..... 301
3. Händler und Helden..... 307
4. Kulturdifferenz als Wirtschaftskonflikt? ..... 315

Anhang

Abkürzungsverzeichnis..... 317

Literaturverzeichnis ..... 323

Zu den Autoren ..... 339

DAMIAN MAC CON ULADH

## Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970

Die Geschichte der ausländischen Studierenden in der DDR ist, verglichen mit derjenigen der Vertragsarbeiter der siebziger und achtziger Jahre, der sowjetischen Truppen oder der politischen Emigranten, von der Nach-Wende-Forschung weitgehend ignoriert worden. Das Gegenteil trifft auf die Zeit vor 1989 zu, als die beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet des Ausländerstudiums miteinander konkurrierten.<sup>1</sup> Man kann davon ausgehen, dass in der Zeit von 1951 bis 1989 zwischen 64.000 und 78.400 ausländische Studierende aus über 125 verschiedenen Staaten an akademischen Bildungseinrichtungen der DDR einen Abschluss erwarben und damit bis zu drei Prozent aller Hochschulabsolventen in diesem Zeitraum stellten.<sup>2</sup> Seit den sechziger Jahren machten ausländische Studierende im Schnitt bis zu etwa sieben Prozent aller in der DDR lebenden Ausländer aus – wenn man die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) nicht mitzählt.<sup>3</sup> Die Abbildung 1 gibt einen Überblick über die wachsende Zahl ausländischer Studierender in der Zeit von 1951 bis 1989. Selbstverständlich war deren Präsenz an den Hochschulen deutlicher spürbar als in anderen gesellschaftlichen Bereichen: so gab es 1989 zum Beispiel 1.200 ausländische Studierende aus 80 verschiedenen Ländern an der Humboldt-Universität zu Berlin, was zehn Prozent aller dort immatrikulierten Studenten entsprach.<sup>4</sup>

- 
- 1 Seit 1987 ist das Thema nicht mehr zum Gegenstand einer aussagekräftigen wissenschaftlichen Untersuchung gemacht worden, vgl. zuletzt dazu Roland Wiedmann, Strukturen des Ausländerstudiums in der DDR, in: Hans F. Illy/Wolfgang Schmidt-Streckenbach (Hg.), Studenten aus der Dritten Welt in beiden deutschen Staaten, Berlin 1987, S. 67–99.
  - 2 Die niedrigere Zahl basiert auf den lückenhaften Statistiken des Staatssekretariats (ab 1967 Ministeriums) für Hoch- und Fachschulwesen (SHF bzw. MHF) und geht davon aus, dass jährlich 29,3 Prozent aller ausländischen Studierenden ihren Hochschulabschluss erwarben (von 1950 bis 1965 lag der Durchschnitt bei 22,3 Prozent, von 1977 bis 1988 bei 29,3 Prozent). Einer anderen Angabe zufolge machten bis Ende 1988 71.400 ausländische Studierende ihren Abschluss – ohne Quellenangabe nennen Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (Hg.), So funktionierte die DDR, Reinbek 1994, S. 675 diese Zahl. Dazu kommen 1989 Absolventen im Studienjahr 1989/90 sowie einige der 5.023 Absolventen des Jahres 1988/89. Hier findet sich auch die Angabe, bis 1988 hätten insgesamt 2,1 Millionen Hoch- und Fachschulabsolventen in der DDR ihren Abschluss erworben.
  - 3 Erhebungsdaten der Jahre 1960, 1975, 1980 und 1989. Dagegen stellten ausländische Arbeitskräfte 1989 48,7 Prozent aller in der DDR lebenden Ausländer.
  - 4 Irene Runge, Ausland DDR. Fremdenhaß, Berlin 1990, S. 107.

Nicht alle ausländischen Studenten kamen aus sozialistischen Staaten, und genauso wenig waren all diejenigen aus der nichtsozialistischen Welt notwendigerweise kommunistische Sympathisanten. Über all die Jahre hinweg waren die ausländischen Studierenden eine undeutlich konturierte, heterogene Gruppe. Zur international betriebenen Imagewerbung der DDR gehörte es auch, dass sie Studenten beinahe jeden Landes der Welt ermöglichte, an ihren Universitäten zu studieren. 1988 wurden über 13.400 Studenten aus 126 Ländern an DDR-Einrichtungen immatrikuliert, und unter ihnen waren auch 103 Studierende aus den USA und vier aus dem Vatikan-Staat. Wie Abbildung 2 zeigt, kamen in den sechziger Jahren ungefähr 45 Prozent aller ausländischer Studenten aus sozialistischen Staaten, etwa 7,5 Prozent waren aus Westeuropa. Bezeichnend für die Veränderungen der DDR-Außenpolitik ist es, dass die Zahl der arabischen Studenten zwischen 1959 und 1967 um zehn Prozent zurückging, der Prozentsatz der Studenten aus afrikanischen Ländern aber um zehn Prozent anstieg. Der Anteil der Studenten aus Asien, Westeuropa und Lateinamerika dagegen blieb in diesem Zeitraum relativ konstant. Obwohl die DDR-Repräsentanten das Ausländerstudium beharrlich als Ausdruck sozialistischer Solidarität und des proletarischen Internationalismus darstellten, war es zugleich auch direkteren diplomatischen, politischen und handelspolitischen Zielen unterworfen. Ein entscheidendes und vielleicht einzigartiges Charakteristikum des Ausländerstudiums in der DDR war jedoch die Tatsache, dass der Staat für sämtliche Ausbildungskosten aufkam. Genau wie ihre ostdeutschen Kommilitonen mussten auch ausländische Studierende keine Studiengebühren bezahlen und erhielten einen monatlichen Beitrag zu ihrem Lebensunterhalt, der sich in den sechziger Jahren auf 280 Mark<sup>5</sup> belief. Im Oktober 1962 schätzte das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen (SHF) die jährlichen Kosten des Ausländerstudiums für die DDR auf 22,4 Mio. Mark, was einem Betrag von 7.640 Mark pro Studierendem entsprach.<sup>6</sup>

Anders als herkömmliche Untersuchungen zum Ausländerstudium in der DDR konzentriert der vorliegende Aufsatz sich weniger auf dessen Entwicklung als vielmehr auf die Erfahrungen der Ausländerstudierenden. Untersucht werden soll die Zeit von der Gründung der DDR bis 1970. Für die Wahl dieses Zeitfensters gibt es drei wichtige Gründe: Bevor ausländische Arbeitskräfte seit den späten sechziger Jahren in der DDR ankamen, stellten ausländische Studierende erstens die größte Gruppe derjenigen Ausländer, die, anders als solche mit ständiger Aufenthaltserlaubnis oder Angehörige der sowjetischen Truppen, für einen begrenzten Zeitraum ihren Aufenthalt in der DDR nehmen durften. Zweitens wurden viele charakteristische Grundlinien der DDR-Politik gegenüber Ausländern in dieser frühen Phase und in Reaktion auf die Erfahrungen des Staates mit den ausländischen Studierenden formuliert. Drittens sind die besonderen kollektiven oder individuellen Erfahrungen, die ausländische Studierende in dieser Zeit mit Staat und Gesellschaft der DDR gemacht haben, aufschlussreich für die Erfahrungen der Vertragsarbeiter in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten. Trotz ihrer Heterogenität teilten ausländische Studierende zahlreiche, ihrem Status

5 Die exakte Bezeichnung der in der SBZ bzw. DDR nach der Währungsreform von 1948 gültigen Währung lautete Deutsche Mark der Deutschen Notenbank. Zeitgenössisch wurde die Abkürzung DM (Deutsche Mark) benutzt. Um Verwechslungen mit der Währung der Westzonen bzw. der Bundesrepublik zu vermeiden, wird hier und im Folgenden die ostdeutsche DM mit „Mark“ bezeichnet.

6 Aufstellung der Kosten für ein Jahr für das Studium der ausl. Studierenden aus sozialistischen und nicht-sozialistischen Ländern, 8.10.1962, BArch, DR 3/1. Schicht/1936/1. In den achtziger Jahren allerdings wurde eine universitäre Ausbildung Studenten aus einigen Ländern nur noch kostenpflichtig angeboten.

geschuldete gemeinsame Erfahrungen, die zwischen ihnen ein Gefühl der Solidarität entstehen lassen konnten, das kulturelle Barrieren und Grenzziehungen überwand.

## 1. Zum historischen Kontext

Nach 1945 kamen nur langsam auch wieder ausländische Studenten an die Universitäten der SBZ zurück. Der erste aktenkundig gewordene Auslandsstudent kam aus dem Land „562“ und studierte 1946 Medizin an der Universität Leipzig.<sup>7</sup> Folgt man dem ausführlichsten DDR-Bericht über das Ausländerstudium, dann waren ostdeutsche Universitäten sehr erpicht darauf, Ausländern ihre Tore zu öffnen. Im März 1947 erließ die sächsische Landesregierung eine Anordnung, die ausländische und deutsche Studierende gleichstellte – „eine Regelung, die im bürgerlichen Deutschland [...] undenkbar war“.<sup>8</sup> Diese Demokratisierung war jedoch nur von kurzer Dauer. Tatsächlich wurde sie von der SED-Führung Ende Dezember 1949 praktisch außer Kraft gesetzt, als diese hinter verschlossenen Türen verfügte, dass „Studenten aus dem Ausland bei uns nur studieren dürfen, wenn eine Genehmigung durch das ZK der zuständigen Bruderpartei und eine Bestätigung vom Sekretariat des Politbüros vorliegt“.<sup>9</sup>

Eine Gruppe von elf Nigerianern stellte die ersten an einer DDR-Universität zugelassenen ausländischen Studenten. Weil diese nach ihrer Teilnahme an den Weltfestspielen von 1951 in Berlin nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, schrieben sie sich an der Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) der Universität Leipzig ein.<sup>10</sup> Ihnen folgten einige Studenten aus Osteuropa, vor allem aber aus Nordkorea, und 1956 ging aus der ABF das Institut für Ausländerstudium hervor, das im Juni 1961 in Herder-Institut (HI) umbenannt wurde. Im Bedarfsfall absolvierten ausländische Studierende am HI Intensivkurse, um die Sprache zu lernen und sich fachlich auf ihr Studium vorzubereiten. Je nach Abschneiden der Studenten konnten diese Kurse zwischen zehn Monaten und drei Jahren dauern. Waren sie dann mit Erfolg abgeschlossen, nahmen die Studierenden die von ihnen gewählten Studiengänge an den verschiedenen Hochschulen der DDR auf. Bis Mitte der sechziger Jahre waren ausländische Studenten quer durch die DDR an 27 Universitäten sowie 25 Hoch-, Fach- und Ingenieursschulen eingeschrieben. Zusätzlich immatrikulierten auch nichtakademische Einrichtun-

---

7 Diese Information wurde statistischen Daten entnommen, die aus BArch, DR 3/1. Schicht/986 zusammengetragen wurden. Es war mir leider nicht möglich, Land 562 zu identifizieren, doch da Land 563 für Vietnam steht, ist es denkbar, dass die vorhergehende Kennzahl Französisch-Indochina bezeichnet.

8 Erhard Hexelschneider, *Das Herder-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig*, in: *Deutsche Außenpolitik* 26 (1981), H. 11, S. 101–109, hier S. 104. Hexelschneider stützte diese Information auf die Akte C 2/22, Bd. 1 (1904–1912), Bl. 55 des KMu-Archivs. Mir ist es jedoch nicht gelungen, in den Landesregierungsblättern dieser Zeit irgendeinen Hinweis auf diese Anordnung zu finden.

9 Beschluß des Kl. Sekretariat des ZK der SED, 28.12.1949. Vgl. Abt. Kultur und Erziehung beim Parteivorstand der SED zu den Kulturabteilungen der Landesvorstände, 4.1.1950 sowie Hauptabteilung Hochschulen und wiss. Einrichtungen des Min. für Volksbildung zu den Volksbildungsministern der Länder, 9.1.1950, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/698, Bl. 8f.

10 Hexelschneider, S. 102.

gen wie die vom FDGB geleitete und in Bernau ansässige Hochschule der deutschen Gewerkschaften (HSDG) ausländische Studenten.

Bereits sehr frühzeitig wurde klar, dass das Ausländerstudium nicht nur ein Ausdruck der Solidarität war. Anfangs kamen viele Studenten auf dem „Parteiweg“ zu ihrem Studienplatz. Dem Vorschlag auf Erhöhung der Zahl nordkoreanischer Studenten und Auszubildender widersetzte sich die Abteilung Internationale Verbindungen 1956 mit dem Argument, ein solcher Zuwachs bedeute nicht nur eine „große finanzielle Mehrbelastung“, sondern sei zudem von nur begrenztem propagandistischem Nutzen für die DDR. Tatsächlich machten Nordkoreaner damals 37 Prozent aller ausländischen Studierenden aus. Der Bericht zog die Schlussfolgerung: „Wir müssen auch in der Aufnahme ausländischer Studenten eine richtige Relation finden und nach politischen Schwerpunkten arbeiten“.<sup>11</sup> Verzweifelt um internationale Anerkennung bemüht, bediente die DDR sich der Vergabe von Studienplätzen, um ausländische Regierungen für den Abschluss von kulturellen Austauschprogrammen oder Handelsabkommen zu gewinnen. In den späten fünfziger Jahren konzentrierten sich die diplomatischen Bemühungen auf Indien und die arabischen Länder, bevor sie in den sechziger Jahren auf die so genannten „jungen Nationalstaaten“ in Asien und Afrika ausgedehnt wurden. Diesem diplomatischen Fokus entsprach der wachsende Zulauf von Studierenden aus diesen Ländern. Ein rapider Anstieg ließ die Studentenzahlen von ungefähr 1.800 im Jahr 1960 auf 4.700 im Jahr 1970 hochschnellen, und von 1968 an wurden jedes Jahr 1.200 neue Studenten immatrikuliert. Es ist wichtig hervorzuheben, dass die DDR individuelle Bewerbungen um einen Studienplatz in der DDR im Allgemeinen nicht akzeptierte; von den zukünftigen Studenten wurde stattdessen verlangt, dass sie sich über ihre jeweiligen Regierungen für einen Platz bewarben.

Es gab auch Versuche, das Ausländerstudium als Mittel zur Erhöhung der ostdeutschen Exporte zu nutzen. 1956 behauptete Wolfgang Hartmann, ein leitender Funktionär im Staatssekretariat für Hochschulwesen: „die Studenten von heute sind die Auftraggeber der deutschen Wirtschaft von morgen und die Wegbereiter der Freundschaft ihrer Völker mit dem deutschen Volk“.<sup>12</sup> Und in Untersuchungen, die 1963 am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED entstanden, wurde darauf gedrungen, die DDR solle ihren „Nutzeffekt“ aus Ausländerstudium und produktionstechnischer Ausbildung erhöhen. Eine verbesserte Abstimmung sei notwendig, um einen „Vorlauf [...] für künftige Exportmärkte der DDR und für den Verkauf solcher Waren, Lizenzen und Dokumentationen [zu schaffen], die der Exportstruktur der nationalen Wirtschaft der DDR entsprechen“. Mit anderen Worten: Weniger ausländische Hochschulabsolventen, dafür aber mehr Fachschulabsolventen entsprachen den Interessen der DDR am besten.<sup>13</sup>

Bis 1967 das Komitee für Angelegenheiten ausländischer Studierender in der DDR (KAS) unter dem Vorsitz von Franz Dahlem eingerichtet wurde, gab es keine zentrale Koordination des Ausländerstudiums. Eine Unzahl von bis zu zehn staatlichen Ministerien, Parteiabteilungen und Massenorganisationen war mit den Angelegenheiten ausländischer

---

11 Berufsausbildung der koreanischen Kinder, 29.11.1956, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/640, Bl. 53f.

12 Wolfgang Hartmann, Die deutsche Wissenschaft und das Ausland, in: Deutsche Außenpolitik 1 (1956), H. 6, S. 503–512.

13 Information zu Fragen der Ausbildung afrikanischer Kader in der DDR, 27.11.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/468/1.

Studierender befasst. Diese Situation trug nicht unwesentlich zu den chaotischen Verhältnissen bei, mit denen sich die ausländischen Studenten während der fünfziger und sechziger Jahre konfrontiert sahen.

## 2. Das studentische Leben in den Universitäten

### 2.1 Universitäre Leistungen

In den Hörsälen ostdeutscher Universitäten und Fachschulen waren ausländische Studierende mit vielen Problemen konfrontiert, die sich bei einem Studienaufenthalt im Ausland für alle Studenten in gleicher Weise stellten. Sie mussten mit der für sie neuen Sprache kämpfen und in vielen Fällen auch inhaltlich nacharbeiten, um den Anschluss an ihre deutschen Mitstudenten zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sehen, wie die DDR die Balance hielt zwischen der Durchsetzung akademischer Standards, dem Vorantreiben ihrer diplomatischen Agenda und der Erfüllung ihrer politisch-ideologischen Selbstverpflichtung für die Ausbildung von Genossen ihrer „Bruderparteien“.

In der Regel waren außereuropäische Studenten auf das universitäre Lehrangebot akademisch schlechter vorbereitet als ihre ostdeutschen Kommilitonen. Die Sprach- und Vorbereitungskurse am HI waren nicht immer ausreichend, und 1963 mussten manche Universitäten für afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Studenten zusätzliche Vorbereitungskurse in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern einführen. Im Studienjahr 1965/66 fielen 16,6 Prozent der 2.889 ausländischen Studierenden in ein oder zwei Fächern durch und mussten ihre Fachprüfungen wiederholen. Unter ihnen waren elf Studenten, die ein Semester zu wiederholen hatten, während 95 ein ganzes Studienjahr noch einmal durchlaufen mussten. Im selben Studienjahr wurden 112 Studenten exmatrikuliert, 35 von ihnen wegen schlechter Leistungen. Damit war ihre Zahl fünfmal so hoch wie die derjenigen sieben Studenten, die aus disziplinarischen Gründen exmatrikuliert wurden. Die verbleibenden 70 Studenten hatten die Hochschulen nach Auskunft der Statistik auf eigenen Wunsch verlassen.<sup>14</sup> Diese beträchtliche Zahl bezeichnete höchstwahrscheinlich diejenigen Studenten, die der DDR den Rücken kehrten und in den Westen gingen. Dort half das Sozialamt des Bundesstudentenrings ehemaligen ausländischen Studierenden aus Ostblockländern dabei, einen neuen Studienplatz zu finden, wenn deren Fähigkeiten es zuließen. Bis Anfang 1967 hatte die Einrichtung 1.252 Anträge bearbeitet. Zwischen 60 und 70 Prozent der Studenten hatten den Ostblock aus akademischen Gründen verlassen, während zehn Prozent angaben, sie hätten sich davon gemacht, weil sie gegen den Kommunismus seien. Die verbleibenden 20 bis 30 Prozent nannten rassische Diskriminierung als Grund für ihren Weggang.<sup>15</sup>

---

14 Statistik für das Studienjahr 1965/66 (Studenten), o.D., BArch, DR 3/2. Schicht/4067.

15 Harry B. Ellis, *African Students Vault Iron Curtain*, in: *Christian Science Monitor*, 25.2.1967, S. 9. Eine MfS-Dissertation zum Thema *Ausländer* behauptete, das Sozialamt des Bundesstudentenrings habe am 1.6.1963 in Wickrath bei Köln mit Unterstützung des Arbeits- und Sozialministeriums von

In den Reihen der DDR-Repräsentanten herrschte Unklarheit darüber, ob das Ausländerstudium in erster Linie akademische, politische, diplomatische oder entwicklungspolitische Ziele verfolgen sollte. Diese Unsicherheit zeigte sich 1966, als Paul Markowski, seit diesem Jahr Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED, sich bei seinen Genossen der Abteilung Wissenschaft darüber beschwerte, die hohe Durchfallquote der Studenten des Herder-Instituts gefährde die zwischen der SED und den afrikanischen „Bruderparteien“ getroffenen Vereinbarungen zur Ausbildung eines Pools von verlässlichen „proletarischen oder bäuerlichen“ Kadern, die „starke kleinbürgerliche Elemente“ aus den Reihen dieser Parteien entfernen sollten. Markowski führte das Beispiel eines politisch erfahrenen, in seinen universitären Leistungen aber schwachen Funktionärs der Demokratischen Union Somalias an, der kürzlich exmatrikuliert worden war. Er argumentierte, in Zukunft werde man einer größeren Zahl schlecht ausgebildeter, von Linksparteien entsandter Studenten besser gerecht werden müssen.<sup>16</sup> Gleichzeitig rief er zu entschlossenem Handeln gegen exmatrikulierte ausländische Studierende auf, die nicht Mitglied einer kommunistischen Partei waren. Er vermerkte in diesem Zusammenhang, dass über „50 exmatrikulierte Studenten“ der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU), von denen einige bereits zwei Jahre zuvor exmatrikuliert worden waren, sich immer noch in der Stadt aufhielten, so das Angebot studentischer Wohnungen verknappten und einen negativen Einfluss im politischen Leben ausübten. Die ihrer Stipendien beraubten Exmatrikulierten waren auf die materielle Unterstützung ihrer Landsleute, Freunde und – in manchen Fällen – ihrer Familien angewiesen. Ohne sich sonderlich um etwaige diplomatische Folgen zu sorgen, verlangte die Abteilung Internationale Verbindungen die Abschiebung der Studenten und ergriff Maßnahmen, um einer „gewisse[n] Unsicherheit im Auftreten gegenüber ausländischen Studenten“ entgegenzuwirken, die „im Staatsapparat, besonders bei der Volkspolizei“ deutlich erkennbar sei.<sup>17</sup> Vielleicht haben diese Maßnahmen die Abwanderungsbewegung nach Westdeutschland verstärkt: Tatsächlich verzeichnete das Sozialamt des Bundesstudentenrings in diesem Jahr seinen stärksten Zugang an afrikanischen Studenten, von denen insgesamt 300 aus dem Ostblock in die BRD kamen.<sup>18</sup>

Die Abneigung der Polizei, gegen die exmatrikulierten Studenten vorzugehen, lässt darauf schließen, dass die DDR-Staatsorgane argwöhnten, verärgerte (Ex-) Studenten könnten die Westmedien oder auch die Medien ihrer Heimatländer dazu benutzen, dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ eine schlechte Presse zu verschaffen. Diese Sorge war durchaus berechtigt. Im Laufe der Jahre hatten sich zwangsweise exmatrikulierte Studenten genau wie solche, die den Hochschulen aus eigenem Entschluss und zum Zeichen ihres Protestes den Rücken gekehrt hatten, immer wieder an die westlichen Medien gewandt, um ihre Eindrü-

---

Nordrhein-Westfalen eine Betreuungsstelle für ausländische Studenten gegründet. Vgl. die Diss. von Werner Paulsen, Einige Probleme der Verhütung von Staatsverbrechen, die durch in der DDR lebende Ausländer nichtsozialistischer Staaten begangen werden können, 5.12.1965, BStU MfS JHS MF 528, Bl. k.

16 Schreiben der Abt. IV an die Abt. Wissenschaften, 3.10.1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467.

17 Schreiben der Abt. IV an die Abt. Wissenschaften, 6.5.1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466.

18 Ellis, African Students Vault Iron Curtain.

cke öffentlich zu machen. Zeitungen und Radiosender – vor allem der RIAS – bedachten das Thema mit einer umfangreichen Berichterstattung.<sup>19</sup>

Das Beispiel des indischen Studenten Vijoy Batra zeigt, wie ausländische Studierende sich die diplomatische Befangenheit der DDR zu Nutze machen konnten. Batra war im August 1957 in der DDR angekommen und verbrachte ein Jahr am HI, bevor er sich an der TH Dresden einschrieb. Unverblümt erklärte die Hochschule später, er habe sich in die DDR „eingeschwindelt“, indem er fälschlicherweise behauptete, er sei Mitglied der indischen KP. 1958 behauptete ein Bericht, es handle sich „um einen Fall politischer Hochstapelei, um einen politischen Strauchritter übelster Sorte, der natürlich auch ein Ziel haben muß. Deshalb sollten solche Maßnahmen eingeleitet werden, die ihm ein Absetzen nach dem Westen unmöglich machen“.<sup>20</sup> Trotz seiner sehr freimütig vertretenen Ansichten blieb Batra in der DDR, um seinen Abschluss zu machen, bevor er die DDR im Sommer 1961 Richtung Westen verließ. Nur wenig später drosch er im westlichen Äther auf die DDR ein; ein Jahr später veröffentlichte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen seinen Text *Studium bei Freunden?*, in dem er die DDR als „einzige[n] Nazi-Staat auf deutschem Boden“ und als „das Zuchthaus Sowjetzone“ schlecht machte, das die „Gehirnwäsche“ ausländischer Studierender beaufsichtige.<sup>21</sup>

## 2.2 Anpassung an eine „neue Welt“

Über die üblichen Härten des universitären Lebens hinaus standen die Studenten vor besonderen Herausforderungen, die sich aus der spezifischen politischen und gesellschaftlichen Konstellation in der DDR ergaben. Sie mussten sich auf das Leben in einem völlig anderen politischen System einstellen, und das galt nicht nur für Bürger aus nichtsozialistischen Staaten. Diese Probleme der politischen Anpassung spielten für die DDR-Funktionäre eine viel wichtigere Rolle als die Herausforderungen, mit denen die Studenten im Bereich der kulturellen und gesellschaftlichen Eingewöhnung konfrontiert waren. Viele Berichte gingen auf die Schwierigkeiten ausländischer Studierender ein, ihre vorgefassten utopischen Bilder vom Sozialismus mit seiner in der DDR angetroffenen Variante in Einklang zu bringen. 1963 äußerte sich das HI zu den Problemen, mit denen Neuankömmlinge sich bei ihrer Begegnung mit der „neuen Welt“ der DDR und den ihr inhärenten Widersprüchen auseinander zu setzen hatten: „Fast alle werden mit einer Umwelt konfrontiert, die von ihnen fordert, daß sie viele ihrer bisherigen Meinungen und Vorstellungen und ihr gewohntes Verhalten bis zu einem gewissen Grad ändern“.<sup>22</sup> Die Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in

---

19 Vgl. den Artikel „Ibrahim in der Mühle der Bürokratie“, in: Der Abend, 30.6.1962 sowie den Artikel „... aber ich muß doch leben“, in: Berliner Morgenpost, 22.7.1962.

20 Bericht über den Besuch an der TH Dresden am 25. und 26.11.1958, SAPMO-BArch, DR 3/1. Schicht/1935/2.

21 Vijoy Batra, *Studium bei Freunden? Das Ausländerstudium an den Universitäten der Sowjetzone*, hg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn u.a. 1962, S. 4, 6 und 16. Batra verbrachte den Rest seines Lebens in der BRD, trat in die SPD ein und wurde Bezirksabgeordneter in Hamburg-Altona.

22 Über die Erziehungsarbeit am Herder-Institut der KMU, 5.10.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 4.

Berlin sah das ganz ähnlich und erläuterte, die meisten Studenten kämen mit „utopischen Idealvorstellungen vom Sozialismus“ in der DDR an, die „in unserer Wirklichkeit“ nicht wiederzufinden seien. Man war an der HfÖ jedoch trotzdem der Ansicht, dass die besondere politische Situation in Berlin bei dem hier notwendigen „Klärungsprozeß“ helfen könne.<sup>23</sup>

Ironischerweise war die DDR selbst an dieser Situation nicht ganz unschuldig. Viele utopische Vorstellungen der Studenten standen nicht nur damit in Einklang, wie die DDR sich ganz allgemein im Ausland darstellte, sondern hatten besonders auch damit zu tun, wie das Land bei potentiellen Kandidaten für das Ausländerstudium warb. Die Propagandaliteratur rühmte die Studienbedingungen in der DDR, und zwar vor allem, was die Unterbringung der Studenten betraf. Und doch versagte die DDR gerade in diesem Bereich kläglich, vor allem in den sechziger Jahren. Seit den frühen fünfziger Jahren wurden ausländische Studierende in Studentenwohnheimen untergebracht, deren Ausstattung und Zustand im Allgemeinen den von der DDR selbst gesetzten Standards nicht entsprachen und die der Verbreitung eines positiven DDR-Bilds im Ausland im Wege standen – dabei war genau das eines der wichtigsten Ziele des Ausländerstudiums. Ein prominenter, aber kritischer HI-Funktionär erklärte 1967, man könne „mit der Art der Unterbringung ausländischer Bürger außenpolitisches und außenwirtschaftliches Porzellan zerschlagen [und] das geschieht bei uns sicherlich“.<sup>24</sup>

Das der sozialistischen Planwirtschaft inhärente Unvermögen, die selbstgesetzten Ziele zu erreichen, bedeutete für viele – darunter auch deutsche – Studenten, dass sie unter Bedingungen leben mussten, die durchaus nicht zufriedenstellend genannt werden konnten. Übereilte diplomatische Initiativen verschärften das Problem nur, und die DDR blieb auf Jahre hinaus außer Stande, die ständig wachsende Zahl neuer ausländischer Studenten auf eine Art und Weise unterzubringen, die den Wohnbedingungen der deutschen Studenten entsprach. Immer wieder kam die Situation an einen kritischen Punkt: so lehnte der Senat der KMU es beispielsweise 1960 ab, auf Anfrage der Regierung weitere 600 bis 700 ausländische Studierende aufzunehmen und verwies darauf, bisher habe man nur 120 der für das nächste Studienjahr benötigten 1.800 Studienplätze sichern können, wobei es sich bei diesen allein um das Kontingent der deutschen Studenten handele.<sup>25</sup> Fünf Jahre später beschwerte sich eine Abordnung von Professoren der Friedrich-Schiller-Universität in Jena direkt bei Kurt Hager über die beklagenswerten Lebensbedingungen ausländischer Studierender, die sich im Gefolge der kurz zuvor ergangenen Entscheidung des MfAA zur Immatrikulation hunderter neuer Studenten aus Nordvietnam noch weiter verschlechtern mussten.<sup>26</sup> Tatsächlich hatte das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen (SHF) 1966 ausdrücklich eingeräumt,

- 
- 23 Inhalt, Formen und Methoden der Propagierung der marxistisch-leninistischen Theorie unter den ausländischen Studenten und ihre Heranführung an die sozialistische Wirklichkeit, o.D., circa Oktober 1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 6.
  - 24 Bericht an die SED-Kreisleitung (KL) Dresden-Land über Mängel in unserer Einrichtung, 10.7.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 3.
  - 25 Schreiben des Verwaltungsdirektors der KMU an das SHF, 15.7.1960, BArch, DR 3/1. Schicht/1936/1.
  - 26 Aktennotiz über ein Gespräch mit Herrn Prof. Dr. F. Bolck, Prof. Dr. Martin und Gen. Lindenlaub, 21.7.1965, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/17.

dass ausländische Studierende vernachlässigt wurden, als es in einer Direktive verlangte, deren Unterbringung müsse den DDR-Standards angeglichen werden.<sup>27</sup>

An der Karl-Marx-Universität Leipzig, die das HI und die größte Zahl ausländischer Studierender in der DDR beherbergte, war die Situation besonders prekär. Große Teile der Bausubstanz stammten aus dem 19. Jahrhundert und verfügten weder über Duschen noch funktionierende Heizungsanlagen. Im Haupthaus des Studentenwohnheims für Ausländer blieben die Flure 1962 ein halbes Jahr lang ohne Licht, weil Glühbirnen fehlten. Im selben Jahr fiel im Herbst zwei Monate lang die Heizungsanlage aus, während man von den Studenten gleichzeitig erwartete, dass sie die großen Themen des politischen Tagesgeschehens – wie die Kuba-Krise und wichtige SED-Dokumente – diskutierten. Tatsächlich war dann eine direkte Beschwerde beim ZK notwendig, um wenigstens die Heizung reparieren zu lassen.<sup>28</sup> Weder eine Empfehlung des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer, der sich 1964 für Abriss und Neubau des HI-Gebäudes und des Wohnheims aussprach, noch eine Anweisung des Ministerrates an den Leipziger Oberbürgermeister, er möge die Mittel für eine Renovierung der Räumlichkeiten bereitstellen, führten zu einer spürbaren Verbesserung der Unterbringungsbedingungen.<sup>29</sup> 1968 wies ein Bericht darauf hin, dass die Unterkünfte der 1.300 ausländischen Studenten der Hochschule nicht die Qualität der Schlafplätze deutscher KMU-Studenten erreichten. Die Studentenwohnheime waren überfüllt, und der Umstand, dass nicht wenige der Bewohner inzwischen geheiratet hatten und ihre Zimmer mit Ehegatten und Kindern teilten, verschärfte das Problem weiter. Diese Situation untergrub die eigentliche Zielsetzung des Ausländerstudiums, wie im zitierten Bericht argumentiert wurde:

„Es muß eingeschätzt werden, daß die Ausländerstudenten an der KMU keinesfalls würdig und sozialistischen Verhältnissen entsprechend untergebracht sind. Das gilt für die Kapazität wie für den Gesamtzustand der Internate. Erst wenn wir bei der Lösung aller angeführten Probleme wenigstens einen Schritt vorwärts gekommen sind, können wir eine neue Qualität in der politisch-ideologischen und menschlich-moralischen Erziehung der ausländischen Studenten an der KMU erzielen.“<sup>30</sup>

Diese Mängel waren in vielen Fällen jedoch ganz klar als Ergebnis einer bewussten Politik der Nachlässigkeit gegenüber und der Diskriminierung von Ausländern erkennbar. Nachdem der Parteisekretär der HI-Außenstelle in Dresden-Radebeul sich jahrelang über die erbärmlichen Lebensumstände beschwert hatte, die seine Studenten erdulden mussten, holte er 1968 in einem Brief zu einem verheerenden Angriff auf die fortgesetzte Unfähigkeit der zuständigen Behörden aus, die Lebensbedingungen der Studierenden zu verbessern. In sei-

---

27 § 8.1 der Arbeitsrichtlinie des SHF für die Ausbildung ausl. Bürger an den Universitäten und Hochschulen sowie an den Ingenieur- und Fachschulen der DDR vom 1.11.1966.

28 Bericht der Hochschulgruppe der zypriotischen Studenten, o.D., circa Februar 1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/624, Bl. 93–103, hier Bl. 97.

29 Übersicht über Studierende aus den jungen Nationalstaaten in der DDR und die Möglichkeiten der Erweiterung dieses Studiums, o.D., circa Februar 1965, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 3 sowie Bericht über die Situation am HI Leipzig, 5.2.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 5.

30 Dr. Porz, Prorektor für Studienangelegenheiten der KMU, Einige Probleme der materiellen Lage im Ausländerstudium, 9.4.1968, BArch, DR 3/2. Schicht/B 868, Bl. 11f.

nem Schreiben fasste er zusammen, was er für die politische Grundlinie einiger Funktionäre in Sachen Unterbringung der Ausländerstudenten hielt:

„Straffe Ordnung, straffe Disziplin, je spartanischer die Einrichtung, desto weniger kann beschädigt oder gar zerstört werden; die Leute aus dem Urwald werden sich freuen, wenn sie ein festes Dach über dem Kopf haben“.

Der Parteisekretär wies zudem darauf hin, die Studenten seien je länger je weniger bereit, sich mit ihren Lebensbedingungen in der DDR zu arrangieren. Parallel zum Anstieg des „sozialen Niveaus“ der Studentenschaft des HI in Radebeul sei auch ihre Ernüchterung angesichts der Unzulänglichkeiten in der DDR immer größer geworden. Habe die übergroße Mehrheit der Studenten an seiner Einrichtung vor sieben Jahren noch einen bescheidenen sozialen Hintergrund gehabt und aus ihren erst kürzlich unabhängig gewordenen Heimatländern nur eine sehr begrenzte Schulbildung mitgebracht, so biete sich jetzt ein völlig anderes Bild: 80 Prozent der ausländischen Studierenden seien hochqualifizierte Fachleute, Wissenschaftler und Top-Funktionäre, von denen die meisten „aus relativ gutsituierten Schichten der städtischen Bevölkerung ihrer Länder“ stammten und einen viel höheren Lebensstandard gewohnt seien als ihre ostdeutschen Pendanten. „Große Wohnungen, Wagen, vielfältiges Bedienungspersonal und auch Privilegien sind Selbstverständlichkeiten“ für die meisten afrikanischen und asiatischen Studenten, weshalb sie den baufälligen Zustand der Einrichtungen in Radebeul besonders kritisch beurteilten. Ein Student behauptete, dass in den Soldatenbaracken seines Landes bessere Zustände herrschten, während ein anderer der Ansicht war, das Studentenwohnheim eigne sich nur für Vieh.<sup>31</sup>

Statistiken zur Unterbringung von Studenten im Studienjahr 1965/66 (vgl. Tabelle 1) geben einen Überblick über die Zimmerbelegung der ausländischen Studierenden. Im Durchschnitt standen jedem Studenten neun Quadratmeter Fläche zur Verfügung, wobei zwei Drittel der Studenten sich ihr Mehr-Bett-Zimmer mit anderen Ausländern teilten, dagegen nur weniger als ein Fünftel von ihnen mit deutschen Studenten auf einem Zimmer wohnte.

Tabelle 1: *Zimmerbelegung der ausländischen Studierenden im Studienjahr 1965/66*

Art der Unterbringung	Ausländische Studenten	Prozent
1-Bett-Zimmer	212	7.3
2-Bett-Zimmer	739	25.6
3-Bett-Zimmer	653	21.6
4-Bett-Zimmer	553	19.1
Private Unterbringung	241	8.3
Zusammen mit deutschen Studenten	521	17.8
Gesamt	2 919	

*Quelle: Statistik SJ 1965/66 (Studenten), o.D., BArch, DR 3/2. Schicht/4067.*

31 Bericht an die SED-KL Dresden-Land über Mängel in unserer Einrichtung, 10.7.1968, Bl. 3 sowie Bericht über die Situation am Herder-Institut Leipzig, circa 5.2.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 3.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, zwang die Überfüllung der Wohnheime die Studenten oft dazu, sich nach privaten Unterkünften umzusehen – sehr zum Kummer der Hochschulfunktionäre. In manchen Einrichtungen war der Prozentsatz der privat untergebrachten Studenten viel höher als in der Tabelle angegeben: im Studienjahr 1967/68 wohnten 101 Studenten des HI und damit 21 Prozent aller ausländischen Studierenden der Einrichtung bei Privatpersonen.<sup>32</sup> Die DDR-Offiziellen konnten sich jedoch für diese Privatunterbringung nicht begeistern; sie fürchteten, sie könne gegenseitige ideologische Einflussnahmen ermöglichen, die man für unerwünscht hielt.

Zwar war die Segregation ausländischer und ostdeutscher Studenten in der DDR keine erklärte Politik, doch entwickelte sie sich aus verschiedenen Gründen trotzdem. Die Hochschulen berichteten über den Widerwillen ausländischer Studierender, ihre Zimmer mit den weithin als Spitzel wahrgenommen Deutschen zu teilen genauso wie über die Unlust deutscher Studenten, in die überfüllten und heruntergekommenen Studentenwohnheime zu ziehen, wo die Ausländer lebten. Einige ausländische Regierungen jedoch riefen auch ausdrücklich nach einer Segregation. So bat die Botschaft Nordkoreas das SHF 1961, für ihre Studenten eine getrennte Unterbringung zu gewährleisten.<sup>33</sup> Hintergrund dieses Schrittes war der ideologische Riss zwischen Peking und Moskau, der auch in anderen stalinistischen Regimes den Argwohn gegenüber den vermeintlichen Bedrohungen verstärkte, die der Kontakt ihrer Studenten mit anderen bedeutete. Im Oktober 1961 zog Albanien all seine Studenten von den DDR-Universitäten ab. China und Vietnam zogen bald nach und riefen in den darauffolgenden Jahren die meisten ihrer Studenten zurück. 1966 befahl die vietnamesische Botschaft ihren verbliebenen Studenten, alle sozialen Kontakte zu ostdeutschen und ausländischen Studierenden abzubrechen; sie verbat ihnen darüber hinaus auch, ins Kino zu gehen.<sup>34</sup> Die DDR-Hochschulen waren mit diesen Maßnahmen größtenteils nicht einverstanden, räumten den ausländischen Regierungen jedoch gleichwohl das Recht ein, sie durchzusetzen.

Nicht nur die Unterbringung wurde für unzureichend befunden, sondern auch die von den Funktionären avisierten Sicherheitsstandards in den Studentenwohnheimen galten als nicht in ausreichendem Maße durchgesetzt. Das jedoch war nicht zuletzt dem Unwillen der ausländischen Studierenden geschuldet, sich den Versuchen zur Regulierung ihres Tagesablaufs zu fügen. Am HI wurde ein gewähltes Heimkomitee mit der Aufrechterhaltung von „Ordnung und Sauberkeit“ betraut. Ein Bericht von 1963 legt jedoch nahe, dass die Bewohner sich nur wenig begeistert für die Erfüllung der von dieser Instanz verkündeten Heimordnung einsetzten:

---

32 Einige Probleme der materiellen Lage im Ausländerstudium, 9.4.1968, BArch, DR 3/2. Schicht/B 868, Bl. 10.

33 Das SHF leitete die Bitte in Form einer Anweisung an die verschiedenen Hochschulen weiter. Protokoll der 1. Sitzung der Kommission für Ausländerstudium der TH Magdeburg, 16.1.1962, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/3.

34 Einschätzung der politisch-ideologischen Situation im Ausländerstudium, o.D., circa Sommer 1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 11. Vgl. auch die Erinnerungen eines ehemaligen Studenten aus Vietnam bei Mirjam Freytag, Die „Moritzburger“ in Vietnam: Lebenswege nach einem Schul- und Ausbildungsaufenthalt in der DDR. Vermitteln in interkulturellen Beziehungen, Frankfurt/M. 1998, S. 157f. Freytags Studie ist die einzige, die sich mit den Erfahrungen ausländischer Studierender in der DDR nach der Rückkehr in ihre Heimat befasst.

„Allerdings ist der Einfluß des Heimkomitees auf die Einhaltung der Heimordnung (Mädchenbesuche, Ordnung und Sauberkeit in den Zimmern) noch nicht immer befriedigend. Die Ursache liegt hauptsächlich darin, daß es den Studenten in der kurzen Zeit von einem Jahr schwerfällt, sich daran zu gewöhnen, ihre Kommilitonen zu kritisieren oder selbst von diesen kritisiert zu werden“.<sup>35</sup>

In den Berichten wurde auch immer wieder die Unzuverlässigkeit der deutschen Heimleiter beklagt, denen letzten Endes die Oberaufsicht in den Studentenwohnheimen oblag. 1969 wurden fast alle der im HI beschäftigten Heimleiter als alt und kränklich beschrieben, was in der Praxis bedeutete, dass die Pfortnerloge regelmäßig nicht besetzt war.<sup>36</sup> Selbst wenn Heimleiter anwesend waren, wurde ihre Autorität von ausländischen Studenten öffentlich in Frage gestellt, so zum Beispiel wenn ihre Versuche, den Empfang von Besuchern auf den Zimmern der Studenten zu unterbinden, von diesen als Eingriff in ihre Persönlichkeitsrechte interpretiert wurden.<sup>37</sup> In Jena beschwerten sich verantwortliche Stellen der Universität, die drei Pfortner seien nicht in der Lage, die „Sicherheit der Bewohner“ zu garantieren: „So ist es noch nicht gelungen, die sogenannten ‚wilden‘ Übernachtungen völlig auszuschalten. Nach wie vor ist der Ruf des Hauses durch den Besuch gewisser ‚Damen‘ nicht der beste“.<sup>38</sup>

### 2.3 Essen und Religion

Die DDR-Wirtschaft erwies sich häufig unfähig, den kulturellen Bedürfnissen ihrer ausländischen Studenten Rechnung zu tragen, obwohl der 1959 erschienene Prospekt *Studium bei Freunden* behauptete, die „Leitung des [Herder-]Instituts [habe] es mit Erfolg verstanden, den Ernährungssektor auf die nationalitätenbedingten Eigenarten der Studierenden einzustellen“. Der Küchenchef, ein „Zauberer am Herd“, stelle sich sehr geschickt auf die „religionsbedingten Verpflegungsprobleme“ indischer und arabischer Studenten ein.<sup>39</sup>

Die Akten jedoch legen nahe, dass die tatsächliche Lage in diesem Bereich alles andere als zufriedenstellend war. Versuche, den kulinarischen Vorlieben ausländischer Studierender entgegenzukommen, scheiterten im Allgemeinen an Versorgungsengpässen, wenig einsatzfreudigen Köchen und der gelegentlichen Intoleranz der zuständigen Funktionsträger. Da es für die Essensversorgung der Hochschulen keine allgemeinen Richtlinien gab, hingen Art und Verfügbarkeit der verwandten Lebensmittel in der Regel vom Verhalten lokaler Stellen ab. Für einen Aufschlag von 2,50 Mark konnten koreanische Studenten 1953 zunächst ihnen vertraute Kost beziehen – nach sechs Monaten jedoch mussten sie sich der

---

35 Über die Erziehungsarbeit am Herder-Institut der KMU, 5.10.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 10.

36 Bericht über die Situation am Herder-Institut Leipzig, circa 5.2.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 4.

37 Bericht des Referats Ausländerbetreuung an der TU Dresden, 13.11.1964, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/1.

38 Vorlage für die Sitzung Universitätsparteileitung (UPL) der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena am 28.2.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 6.

39 Hans von Oettingen, *Studium bei Freunden*, o. O. u. J. [Hg. v. SHF, Berlin 1959], S. 14f.

deutschen Küche vollständig anpassen.<sup>40</sup> Beim ersten „Tag der Auslandsstudenten“ 1956 kritisierten Studierende, das deutsche Essen schmecke nach nichts und werde immer mit derselben Sauce gereicht, auch werde zu wenig Reis angeboten.<sup>41</sup> Die Hochschulen hielten dagegen, es sei unmöglich, für jeden Geschmack etwas anzubieten, weil die Studenten aus einer Vielzahl verschiedener Länder in die DDR gekommen waren. Repräsentanten der TH Magdeburg erklärten, jede ihnen mögliche Hilfe bei der Integration der Studenten zu leisten, waren zugleich aber der Meinung, Gleichheit mit den ostdeutschen Studenten bedeute in letzter Konsequenz, dass Ausländer sich „auch unserer Speisekarte anpassen [sollen]“.<sup>42</sup> In einigen Hochschulen wurden ausländische Gerichte nur zu besonderen Gelegenheiten serviert, so zum Beispiel am 1. Mai an der HSDG, wenn prominente Persönlichkeiten der DDR und ausländischer Staaten der Einrichtung ihren Besuch abstatteten. Waren sie und die nur für diesen Tag einbestellten spezialisierten Köche dann erst einmal wieder verschwunden, fielen Essensangebot und Service in ihre übliche Monotonie zurück, was einen afrikanischen Studenten zu dem Kommentar veranlasste: „Wir sind ja nur Schwarze“.<sup>43</sup>

Die schnelle Umstellung auf Gehalt und Umfang deutscher Kost führte bei vielen ausländischen Neuankömmlingen zu Übelkeit und sogar zu Skorbut, wie die TU Dresden Anfang 1962 vermerkte.<sup>44</sup> Ein Student aus Indien, der kurz nach Beginn seines Studiums in der DDR in den Westen floh, fand das deutsche Essen unerträglich. Aus seiner indischen Heimat an vegetarische Kost gewöhnt, musste er sich übergeben, nachdem er in der DDR so viel Fleisch gegessen hatte (er fand auch sein Zimmer bitterkalt, obwohl seine deutschen Zimmergenossen kein Problem damit hatten). Ein prominenter Wissenschaftler bei Zeiss in Jena, der sich für den Inder eingesetzt und ihm ermöglicht hatte, in die DDR zu kommen, schrieb dazu, wenn die DDR die Zahl ausländischer Studierender erhöhen wolle, müsse sie die unvermeidlichen „Unzuträglichkeiten“ besser berücksichtigen, „die sich immer ergeben, wenn Angehörige verschiedener Nationalitäten mit verschiedenartigen Gewohnheiten beisammen sind“.<sup>45</sup>

Wussten die Behörden schon kaum etwas über die „religionsbedingten“ Besonderheiten in der Ernährung ihrer ausländischen Studenten zu sagen, so fiel ihnen zum Thema Religionsausübung noch viel weniger ein. Entsprechend fällt die Religion in den Akten des Staatsapparates und der Massenorganisationen vor allem in der Frühzeit des Ausländerstudiums durch ihre Abwesenheit auf – und nicht etwa dadurch, dass sie explizit thematisiert würde. Das ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass die meisten Studenten in den fünfziger Jahren aus sozialistischen Staaten kamen und sich somit wahrscheinlich kaum

---

40 Protokoll der Sitzung 8/53 des Kollegiums im Staatssekretariat für Hochschulwesen am 4.3.1953, BArch, DR 3/1. Schicht/146, f. 260. So wurde auch an der TH Dresden verfahren, wo Koreanern für eine Extragebühr dreimal die Woche Reis serviert wurde, Bericht über die 1. Anleitung der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden am 19.9.1957, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/2.

41 Der Tag der Auslandsstudenten vom 20. bis 21.1.1956 in Leipzig, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/639, Bl. 92.

42 Ausländische Studenten, 12.2.1962 und Protokoll der Sitzung der Kommission für Ausländerstudium der TH Magdeburg am 7.4.1962, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/3.

43 Einschätzung der Arbeit des Org.-Büros zur Mai-Arbeit 1964, o.D., SAPMO-BArch, DY 34/3373.

44 Studenten aus Schwarz-Afrika (außer Ghana), o.D., DR 3/1. Schicht/1935/2, circa 1962, Bl. 3.

45 Indischer Student Bose, 2.1.1958, BArch, DR 3/1. Schicht/1520. Dieser Student kehrte später in die DDR zurück, um einen Freund aus Indien zu besuchen, wurde dort aber verhaftet und wegen „Republikflucht“ ins Gefängnis gebracht, vgl. Batra, Studium, S. 13f.

offen zu einer Religion bekannten. Das änderte sich jedoch, als seit dem Ende der fünfziger Jahre eine wachsende Zahl von Studenten aus nichtsozialistischen asiatischen, arabischen und afrikanischen Ländern in die DDR kam.

In den späten fünfziger Jahren wusste die TU Dresden nur von einem einzigen Studierenden zu berichten, der sich einer Kirchengruppe angeschlossen hatte. Es handelte sich um einen Studenten aus Indonesien, der an einem Seminar der Jungen Gemeinde teilgenommen hatte. Außerdem pflegte einer der DDR-Betreuer der nordkoreanischen Studenten Verbindungen zur Kirche, machte aber keine Anstalten, die Koreaner dahingehend zu beeinflussen. Tatsächlich schien er – im Unterschied zu den meisten Betreuern – seinen Job durchaus ernst zu nehmen, und bei den Koreanern war er wegen seiner akademischen Leistungen und seiner „Einsichtsbereitschaft“ sehr beliebt.<sup>46</sup>

Mit Sicherheit gab es mehr Studenten, die der Ausübung ihrer Religion nachgingen, doch worüber die Funktionäre nicht Bescheid wussten oder was ihnen gleichgültig war, das machten sie auch nicht aktenkundig, vor allem, wenn es um nichtchristliche Religionen ging. Was diese betraf, befanden die DDR-Funktionäre sich in einem Lernprozess. Nach einem der ersten Kurse für afrikanische Kommunalpolitiker an der Verwaltungsschule Edwin Hörnle in Weimar betonte die Schulleitung in einem Bericht die Notwendigkeit, während der Kurse in Zukunft für Essen zu sorgen, dass den „religiös bedingten Lebensgewohnheiten“ der „Mohammedaner“ entspreche. Nicht nur müsse jeden Tag heißes Wasser zur Verfügung gestellt werden, auch Alternativen zum Schweinefleisch seien sehr wichtig, denn „jede Unterschätzung dieser Probleme führt zu erheblichen Schwierigkeiten“.<sup>47</sup>

Weil ausländische Studierende als eine Art Investition zur Unterstützung der Außen- und Handelspolitik der DDR betrachtet wurden, scheuten die Verantwortlichen in der DDR davor zurück, die religiösen Überzeugungen der Studenten aus nichtsozialistischen Ländern anzufechten. Die 1967 ergangene Anweisung des KAS an die Hochschulen lautete denn auch: „Philosophische Probleme sind mit großem Einfühlungsvermögen zu vermitteln, da die Religion in vielen Ländern Staatsreligion ist“. Entsprechend den im selben Jahr erlassenen „Grundsätze[n] zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit den zum Studium in der DDR befindlichen ausländischen Bürgern“ sollten ausländische Studenten, die an dem freiwilligen Kurs „Theoretische und praktische Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Zeit“ – einer verwässerten Version des Standard-Kurses in Marxismus-Leninismus – teilnahmen, in religiösen Fragen nicht herausgefordert werden:

„Diskussionen über religiöse Fragen sollen dabei nicht provoziert werden. Dort, wo sie von Studenten aufgeworfen werden, müssen sie in einer Atmosphäre prinzipienfester Freimütigkeit und taktvoller Achtung anderer Auffassungen erörtert werden.“<sup>48</sup>

Die Anhänger christlicher Konfessionen unter den Studenten wurden natürlich von den Kirchen in der DDR bevorzugt umsorgt. Deren Versuche, auch ausländische Studierende zu erreichen, führten zum Beispiel dazu, dass prominente Vertreter der katholischen und evan-

46 Ausländerstudium, o.D., um 1960, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/2, Bl. 6.

47 Auswertung des Seminars für afrikanische Kommunalpolitiker, 20.10.1964, SAPMO-BArch, DY 13/3326, Bl. 14.

48 SED und Ministerrat billigten die „Grundsätze“ am 22.2. bzw. 4.7.1967. Per Beschluss angenommen wurden sie beim ersten Treffen der KAS am 31.8.1967. Vgl. Problem- und Beschlusprotokoll der konstituierenden Sitzung des KAS, BArch, DR 3/2. Schicht/B 1247a/2, Bl. 2. Für den Text der „Grundsätze“ vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 7.

gelischen Kirchen 1970 in Leipzig in der Evangelischen Studentengemeinde ein Treffen für ausländische Studierende zum Thema „Sozialismus in Afrika“ ausrichteten, an dem ungefähr 50 Personen – darunter ein Dutzend Afrikaner – teilnahmen. Der Tenor dieser Veranstaltung war, dass der wissenschaftliche Sozialismus den Bedingungen in Afrika nur schlecht angepasst sei und dass jedes Land das Recht habe, ohne Einmischung von außen seinen eigenen Weg der Entwicklung zu wählen, was von den meisten der anwesenden afrikanischen Studenten begrüßt wurde.<sup>49</sup>

## 2.4 Politische Einstellungen

Das Ausländerstudium in der DDR war nicht allein als Methode zur politischen Indoktrinierung der Studenten gedacht, wie eine weit verbreitete und zählbeige Fehleinschätzung glauben machen will. Die Kehrseite einer Politik, die aus dem Ausländerstudium diplomatisches Kapital zu schlagen hoffte, war ein ums andere Mal der Umstand, dass viele der in die DDR delegierten Studenten dem Sozialismus und Kommunismus – oder der Variante, die die SED befürwortete – keineswegs immer nur positiv gegenüberstanden.

Unter den ausländischen Studierenden gab es natürlich einen Kern orthodoxer Kommunisten, der die SED und ihre Politik entschieden unterstützte. In einem Bericht über die Reaktionen auf den Mauerbau wurde 1961 behauptet, die überwältigende Mehrheit der Ausländerstudenten unterstütze diese Maßnahme, indem sie positiv in die „ideologische Auseinandersetzung“ mit gleichgültigen ostdeutschen Kommilitonen eingreife, wobei einige Vietnamesen und Koreaner sogar angeboten hätten, die DDR „mit der Waffe in der Hand zu verteidigen“.<sup>50</sup> Sechs Jahre später berichtete die Universitätsleitung der TU Dresden, einige ausländische Studierende, die „politische Gleichgültigkeit und Wohlstandsdenken“ der FDJ und ostdeutscher Studenten kritisierten, bemühten sich darum, die Unterstützung für die DDR-Landwirtschaftspolitik und die „Grenzsicherungsmaßnahmen“ zu verstärken und hätten sich mit der Bitte um entsprechende Argumentationshilfen sogar an das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) der Universität gewandt.<sup>51</sup> Entsprechend unterstützten den Berichten zufolge auch ausländische Studenten an der HfÖ die DDR „in einer solchen aktiven begeisternden Weise, wie sie selbst von vielen DDR-Studenten nicht bekannt ist und [sie] betrachten die DDR als Vorbild“.<sup>52</sup> Offensichtlich wurden kampferprobte Parteibürokraten von der revolutionären Begeisterung und dem Schwung der ausländischen Studierenden verführt, die sich von ihren ideologieverdrossenen ostdeutschen Pendanten der ‚normalisierten‘ sechziger Jahre deutlich abhoben.

Trotzdem war die dauernde Stereotypisierung der ausländischen Studierenden als kommunistische Eiferer überzogen. Die politischen Einstellungen der ausländischen Studenten

---

49 Information über die Einflußnahme kirchlicher Kreise auf ausländische Studierende, 9.12.1970, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513. Die Einladungen zu dem Treffen waren von Reinhardt Meißner und Dr. Werner Becher, einem prominenten katholischen Theologen, unterzeichnet.

50 Informationsbericht v. 28.10.1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/638, Bl. 118–128, hier Bl. 119.

51 Bericht über die politisch-ideologische Situation unter den ausländischen Studenten der TU Dresden, 30.6.1967, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 3 u. 6.

52 Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 7.

waren deutlich vielfältiger und kritischer. Sogar Studenten aus sozialistischen Ländern galten als Verbreiter kultureller Werte des Westens und wiesen Versuche der DDR-Funktionäre zurück, die ihre Aktivitäten im kulturellen Bereich beschneiden wollten. In den späten fünfziger Jahren behauptete die TH Dresden, die Polen seien bekannt für „politische Schwankungen, Reisen nach Westberlin und die Lektüre und das Verbreiten westlicher Literatur“.<sup>53</sup> An derselben Hochschule erklärte einige Jahre später der Sprecher der polnischen Studenten, niemand habe das Recht, ihm das Hören von Westsendern zu verbieten, „weil er ein freier Mensch“ sei.<sup>54</sup> In ähnlicher Weise begeisterten die ungarischen Studenten an der Ingenieurschule (IS) Werkzeugmaschinenbau Karl-Marx-Stadt sich für die „bürgerlichen und westlichen Schriftsteller (Kafka, Dürrenmatt)“ und lehnten den Ruf nach mehr ideologischer Disziplin als Angriff auf ihre persönlichen Freiheitsrechte ab.<sup>55</sup> Zwei Jahre später argumentierten ungarische Studenten in Dresden, Freiheit bedeute das „Recht auf allseitige Orientierungsmöglichkeit“ und schließe das Hören von Westsendern mit ein.<sup>56</sup> Sogar die Studenten aus der Sowjetunion machten Schwierigkeiten. Die KMU behauptete 1973, sie seien in ihrer Mehrheit politisch gleichgültig, bezögen nur widerwillig einen Standpunkt und läsen keine Zeitungen. Manche von ihnen zeigten sich peinlich berührt, wenn DDR-Dozenten die Führungsrolle der Sowjetunion rühmten. Sie kommentierten die Frage der deutschen Einheit auf unkonventionelle Weise und schauten Westfernsehen im „Gaudeamus“, dem sowjetischen Klub der Stadt (gäben aber arabischen Studenten die Schuld daran), während eine Minderheit von ihnen gar an „bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Lebenshaltungen“ festhalte.<sup>57</sup>

Benahmen sich Studenten nichtsozialistischer Länder auf ähnliche Weise, gingen die DDR-Stellen umsichtiger vor. An der Fachschule für Binnenhandel in Blankenburg gab es von Seiten der Verantwortlichen keinerlei Versuche, die 25 englischsprachigen Studenten der Einrichtung daran zu hindern, Kennedys Westberliner Rede im Radio einzuschalten, weil für einen solchen Schritt bei den Studenten, die gerade erst in der DDR angekommen waren, kein Verständnis zu erwarten sei. Die örtliche Volkspolizei jedoch war weniger nachsichtig und übergab die Angelegenheit dem MfS.<sup>58</sup> Das Ministerium erklärte 1972 mit Bezug auf die KMU, weil „Studenten aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ausnahmslos westdeutsche Rundfunkstationen sowie Rundfunkstationen ihrer Heimatländer“ empfangen, würden „zwangsläufig auch DDR-Studenten und Wissenschaftler mit Argumenten konfrontiert, die objektiv Auswirkungen in politisch-ideologischer Hinsicht haben“. Dennoch konzidierte das MfS zugleich, es sei normal, dass ausländische Studenten Westradio hörten, und vermerkte, dass diese nur selten versuchten, DDR-Bürger „bewußt und zielgerichtet“ mit negativen oder feindlichen Einstellungen zu beeinflussen.<sup>59</sup>

---

53 Ausländerstudium, o.D., circa 1959/60, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/2, Bl. 3.

54 Berichte zu polnischen Studenten, 11.11.1964, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/1.

55 Gruppeneinschätzung – Ungarn, 21.7.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/1937.

56 Bericht über die politisch-ideologische Situation unter den ausländischen Studenten der TU Dresden, 30.6.1967, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 4.

57 Zur Arbeit mit den sowjetischen Studenten an der Karl-Marx-Universität, 14.4.1973, DY 30/IV B 2/9.04/136.

58 Einschätzung der im Bezirk Magdeburg nach §4 der Meldeordnung gemeldeten Ausländer und Staatenlosen, 28.1.1964, DO 1/8.0/41383, Bl. 4.

59 Bericht des Hpt. Leopold, o.D., circa Herbst 1972, BStU BVfS Leipzig, Abt. XX 145/05, Bl. 76.

Allergrößte Sorgen machte den Verantwortlichen die Unterstützung alternativer Versionen des Sozialismus. In den späten sechziger Jahren reichte die Bandbreite linker Stimmen von denen, die sich gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings aussprachen bis zu jenen, die zum Krieg mit dem Westen aufriefen. In seinem Bericht für das Studienjahr 1968/69 räumte das KAS ein, viele Studenten aus Südostasien, Afrika, Lateinamerika und dem Westen hätten sich Ideen „aus dem Arsenal der Mao-Ideologie, kleinbürgerlicher Studentenbewegungen Westeuropas und zum geringeren Teil auch noch der Che Guevara-Theorien“ verschrieben.<sup>60</sup> 1969 wurden zwei linksradikale Studenten aus Luxemburg und Senegal aus der DDR abgeschoben. Angeblich hatten sie eine Gruppe mit Verbindungen zum „linkssektiererische[n]“ Westberliner SDS und Maoistengruppen geleitet, die „Flugblätter mit den Bildern Lenins, Stalins, Maos und Ho Chi Minhs“ verteilt und zu Studentenprotesten nach westlichem Vorbild aufgerufen hatte, die sich gegen die SED und Ulbricht richten sollten.<sup>61</sup>

Ein Bericht von 1970 über die Reaktionen auf die Treffen von Willy Brandt und Willi Stoph im selben Jahr illustriert die breite Vielfalt politischer Meinungen und unterschiedlicher Arten, die DDR wahrzunehmen. Studierende aus Ceylon und Kenia glaubten, die Gespräche der beiden eröffneten eine mögliche Lösung der alle Deutschen gleichermaßen betreffenden Probleme, während die Bulgaren erklärten, die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden deutschen Staaten sei gering, weil Deutschland eine Nation sei. Studenten aus Chile und Venezuela erklärten die deutsch-deutschen Gespräche für blödsinnig, weil die „Imperialisten“ ohnehin nur die Sprache der Waffen verstünden. Während Studenten aus Mali glaubten, die DDR-Delegation habe von Moskau Befehle empfangen, konnten Studenten aus Tansania keinen großen Unterschied zwischen Ost und West ausmachen. Die kurz zuvor ergangenen Mieterhöhungen für die Studentenzimmer bewiesen vielmehr, dass „Kapital und Ausbeutung“ in der DDR fortlebten, während der auf Jugendliche ausgeübte Zwang zur Teilnahme an der Jugendweihe dem demokratischen Charakter der DDR widerspreche.<sup>62</sup>

Ausländische Studierende waren der ideologischen Indoktrination nicht im selben Maße unterworfen wie ostdeutsche Studenten. Sie stellten keine Mitglieder in der FDJ, die sich im Übrigen – das muss betont werden – nie besonders für die Ausländerstudenten interessierte und deren Delegierter beim KAS nur sehr sporadisch bei den Sitzungen auftauchte.<sup>63</sup> Studenten aus sozialistischen Ländern mussten Vorlesungen in Marxismus-Leninismus besuchen, blieben ihnen aber in Folge der Spannungen innerhalb des Weltkommunismus häufig fern. In den sechziger Jahren weigerten sich Studenten aus China, Albanien, Polen, Nordkorea, Kuba und Nordvietnam, auf Geheiß ihrer jeweiligen Regierungen an den Pflichtkursen in Marxismus-Leninismus teilzunehmen. Eine Reihe von Berichten der TU Dresden aus der Mitte der sechziger Jahre illustriert die kritischen Stimmen jener Studenten. Gegen Ende 1964 machte ein ungarischer Student geltend, die wiederholten Bezugnahmen auf Ulbricht

---

60 Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 2, 9. u. 14.

61 Störende und gegnerische Aktivitäten im Bereich des Ausländerstudiums der DDR, 2.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 1.

62 Auszug aus einem Bericht der Bezirksleitung (BL) der SED Leipzig v. 3.6.1970, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513.

63 Vgl. verschiedene Tagungsprotokolle der KAS, DR 3/2. Schicht/B 1247a/2.

im *Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* stellten Personenkult dar, während bulgarische Studenten sich der Teilnahme an Pflichtvorlesungen im Marxismus-Leninismus mit der Begründung verweigerten, sie hätten den Stoff bereits auf der weiterführenden Schule durchgenommen. Mit Bezug auf den Namen der SED, den sie für einen faulen Kompromiss hielten, behaupteten sie zudem, die Partei sei keine echte kommunistische Partei. Sie kritisierten den Fortbestand privatwirtschaftlicher Elemente und den hohen Prozentsatz von Intelligenzlern in der DDR genauso wie das Blockparteiensystem und die Kirchenpolitik. Der Funktionär, der den Bericht verfasst hatte, hatte für diese Studenten ganz offensichtlich nur Verachtung übrig und tat sie als „notorische Bummelanten“ ab. Ihm zufolge unterstützten Studenten aus Ungarn und Polen Ceausescus „rumänischen Weg“, kritisierten die DDR-Kulturpolitik und stellten sich gegen den sozialistischen Realismus. Diese und andere Meinungsverschiedenheiten bedeuteten, dass selbst Gespräche zwischen Studenten sozialistischer Länder und ostdeutschen Studenten „größere Aufmerksamkeit“ der DDR-Repräsentanten erforderten, schloss der Bericht.<sup>64</sup>

Studierende aus nichtsozialistischen Ländern jedoch waren von den Pflichtvorlesungen im Marxismus-Leninismus freigestellt, und nur 30 Prozent von ihnen nahmen im Studienjahr 1964/65 auf freiwilliger Basis daran teil.<sup>65</sup> Erst seit 1969 wurde von diesen ausländischen Studenten erwartet, dass sie an dem dreijährigen Examenspflichtkurs mit dem Titel „Theoretische und praktische Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Zeit“ teilnahmen, der eine verwässerte und auf sie zugeschnittene Version des üblichen Marxismus-Leninismus-Lehrplans darstellte.

Trotzdem war die politische Situation in der DDR für die meisten ausländischen Studierenden nur von zweitrangiger Bedeutung. Während ihres Aufenthaltes sorgten sich viele um die prekäre und unruhige politische Lage in ihren Heimatländern, die sich direkt auf ihr eigenes Leben und das ihrer Familien auswirken konnte, wie ein Bericht der HI-Außenstelle in Radebeul 1968 herausstellte:

„Man darf auch nicht vergessen, daß ein erheblicher Teil der Kursisten [sic] große Familien in der Heimat zurückläßt, deren Versorgung nicht immer eindeutig gewährleistet ist, und die in politischen Spannungszeiten (Ghana, Indonesien, Jemen, Israelaggression, Nigeria usw.) ohne den Schutz des Familienoberhauptes Repressalien [sic] ausgesetzt sein können. Wenn dann auch noch die Post aussetzt, ist verständlicherweise die Lernkonzentration stark beeinträchtigt.“<sup>66</sup>

Viele der politischen, kulturellen und sozialen Aktivitäten der ausländischen Studierenden fanden unter der Ägide der Nationalen Studentenvereinigungen (NSV) statt. Zunächst als Landsmannschaften bekannt – eine Bezeichnung, die später fallen gelassen wurde, um Verwechslungen mit Organisationen ähnlichen Namens in Westdeutschland auszuschließen –, traten sie zum ersten Mal 1953 als Vereinigungen für Studenten aus sozialistischen Ländern

---

64 Berichte zu polnischen und ungarischen Studenten, 11. und 12.11.1964, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/1 sowie Bericht über das Ausländerstudium an der TU Dresden, 27.1.1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 6.

65 Einschätzung der politisch-ideologischen Situation im Ausländerstudium, o.D., circa Sommer 1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 15.

66 Bericht an die SED-KL Dresden-Land über Mängel in unserer Einrichtung, 10.7.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 2.

in Erscheinung und wurden mit offizieller Unterstützung ins Leben gerufen.<sup>67</sup> In den darauffolgenden Jahren bauten Studenten aus anderen Ländern ihre eigenen Organisationen in unabhängiger Form auf. 1961 gab es dann mehr als fünfzehn NSVs, die unabhängig von jeder offiziellen Kontrolle operierten, und meist Abkömmlinge afrikanischer Parteien und Jugendorganisationen waren. Wie das SHF im Vorjahr notiert hatte, waren Versuche zur Sammlung von „fundierte Einschätzungen der ideologischen Lage“ in den Vereinigungen weitgehend gescheitert. Auch die kommunistischen NSVs asiatischer Staaten lagen dieser Bewertung zufolge außerhalb des Einflussbereiches der DDR. Gleichmaßen beunruhigend war der Trend innerhalb der afrikanischen Studentenvereinigungen zur Bildung einer „einheitlichen Organisation aller schwarzafrikanischen Studenten“, der sich das SHF entgegenstellte, weil es darin den Ausdruck einer „Art Panafrikanismus mit fortschrittlichem Anstrich“ sah, „der [sich] im Kern gegen die Entwicklung selbständiger Nationalstaaten richtet“.<sup>68</sup> Die SED teilte diese Bedenken des SHF und bemerkte dazu: „Die inoffizielle Existenz der Organisationen ist für die politische Arbeit mit den ausländischen Facharbeitern und Studenten hinderlich. Vieles wird von ihnen unserer Kontrolle entzogen und illegal durchgeführt“. Trotzdem beantragte das SED-Sekretariat 1961 ihre Legalisierung und erteilte Verbotsvorschlägen eine Absage, weil es eventuelle Vergeltungsmaßnahmen gegen die FDJ im Internationalen Studentenbund befürchtete.<sup>69</sup> Die Zahl der NSVs schwankte über die Jahre. Im Sommer 1966 gab es 105 solcher Vereinigungen, 1984 waren es 63.<sup>70</sup> In einigen Fällen gründeten die Vereinigungen kontinental organisierte Dachverbände wie die CLARDA (Vereinigung lateinamerikanischer Studenten in der DDR) oder die UASA (Union der afrikanischen Arbeiter und Studenten in der DDR).

Die NSVs unterschieden sich in ihrem Charakter: manche waren hauptsächlich politisch, andere vor allem kulturell ausgerichtet. Der Pegel ihrer Betriebsamkeit war genauso verschieden: von der hochaktiven Studentenvereinigung bis zur nur auf dem Papier existenten Karteileiche war alles dabei. Diejenigen NSVs, die Studenten aus politisch instabilen Ländern vertraten, waren gewöhnlich am aktivsten und dienten als Arena, in der DDR-externe politische Kämpfe ausgetragen wurden, wenn Studenten mit verschiedenem politischen und sozialen Hintergrund um die Kontrolle der Verbände wetteiferten. Beispielsweise bekämpften sich in den arabischen Vereinigungen Kommunisten, Nationalisten und Baathisten, während afrikanische Vereinigungen eine Bühne für politische, soziale und ethnische Rivalitäten boten (so zum Beispiel Nigeria/Biafra 1967). Es ist wichtig festzuhalten, dass die DDR-Stellen generell dagegen waren, dass die NSVs für Studenten aus der nichtsozialistischen Welt von Kommunisten geleitet würden, weil sie befürchteten, das könne lediglich ihre eigenen diplomatischen Bemühungen gegenüber den betroffenen Ländern untergraben. Entsprechend attackierte das SHF „sektiererische Tendenzen“ in der kommunistisch domi-

---

67 Protokoll der Sitzung 8/53 des Kollegiums im Staatssekretariat für Hochschulwesen am 4.3.1953, BArch, DR 3/1. Schicht/146, Bl. 259.

68 Die weitere Entwicklung des Ausländerstudiums in der DDR bis 1965, o.D., um 1960, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/638, Bl. 104.

69 Zulassung von Organisationen afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Studenten und Facharbeiter in der DDR (Beschluss 21/61 v. 17.5.1961), 28.4.1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3A/779.

70 Statistik für das Studienjahr 1965/66 (Studenten), o.D., BArch, DR 3/2. Schicht/4067, und Beratungen mit Leitungen von ausl. Studentenverbänden vom 10. bis 15.12.1984 in Bad Kleinen, SAPMO-BArch, DY 13/3058.

nierten Führung der algerischen Studentenvereinigung, weil diese 1960 alle Nicht-Kommunisten ausgeschlossen hatte.<sup>71</sup>

Separatistische Gruppen waren auch in der DDR aktiv und stellten dort ihre eigenen NSVs auf die Beine. In den sechziger Jahren etablierten irakische Kurden die Vereinigung der kurdischen Studenten in Europa (Zweig DDR) und nahmen an Kurden-Versammlungen in Westdeutschland teil. Bei der 1. Mai-Demonstration marschierten sie 1969 unter einem Transparent mit der Losung „Kurdistan“, das später im DDR-Fernsehen zu sehen war. Aufgebrachte KAS-Vertreter stellten später fest, dass die Verantwortlichen in den Hochschulen sich nur sehr begrenzt dafür interessierten, unter welcher Fahne die Ausländer marschierten und sich im vorliegenden Fall der Sprengkraft des fraglichen Slogans nicht im mindesten bewusst gewesen waren.<sup>72</sup> Die Aktivitäten der Kurden weckten den Zorn der Regierung in Bagdad, und 1974 ersuchte die irakische Botschaft das MfAA um Unterstützung bei der Abschiebung vermeintlicher irakischer Dissidenten, vor allem kurdischer Studenten. Während das MfS offensichtlich bereitwilligst kooperieren wollte, lehnte das MdI jede Unterstützung mit der Begründung ab, allein die von beiden Ländern unterzeichnete Vereinbarung über den Rechtsverkehr könne Rechtsgrundlage für eine Auslieferung sein.<sup>73</sup>

Die NSVs wurden auch von den zahlreichen Staatsstreichen, Revolutionen und radikalen Regierungswechseln im Ausland in Mitleidenschaft gezogen. Im Gefolge des indonesischen Staatsstreichs von 1966 schlossen Unterstützer des neu an die Macht gekommenen rechten Suharto-Regimes 19 Unterstützer der abgesetzten Linksregierung Sukarnos aus dem indonesischen NSV aus und kooperierten später mit der indonesischen Botschaft in Prag, als diese versuchte, letztere zwangsweise nach Indonesien abschieben zu lassen. Während einige der linksgerichteten Studenten bleiben durften, war die DDR gleichzeitig daran interessiert, ihre Beziehungen mit der neuen indonesischen Regierung aufrechtzuerhalten. Diese Doppelstrategie konnte keine der beiden Seiten befriedigen. Die Unterstützer Suhartos griffen die DDR in einer von indonesischen Studenten in Westberlin herausgegebenen Zeitschrift öffentlich dafür an, sich in interne politische Angelegenheiten einzumischen. Auf der anderen Seite nahmen die Studenten, die Sukarno unterstützten, 1967 an den 1. Mai-Demonstrationen in Dresden teil und trugen dort gegen die Suharto-Regierung gerichtete Transparente. Weil die Mehrheit der ausländischen Studierenden sich mit diesem Anliegen deutlich solidarisierte, konnten die Hochschulrepräsentanten die anstößigen Transparente nicht konfiszieren. Zwei Monate später präsentierte das MfAA den indonesischen Behörden ein Aide-mémoire, in dem auf das Allerschärfste gegen das Verhalten der Pro-Suharto-Gruppe protestiert wurde.<sup>74</sup> Die Spannungen zwischen beiden Fraktionen dauerten an, genau wie wenig später jene, die

---

71 Niederschrift über eine Besprechung in der Abt. Außenpolitik beim ZK am 30.11.1960, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/355, Bl. 85–90.

72 Störende und gegnerische Aktivitäten im Bereich des Ausländerstudiums der DDR, 2.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 7.

73 Note Nr. 461 der Botschaft der Republik Irak an das MfAA, 30.8.1974 sowie darauffolgende Dokumente, BArch, DO 1/8.0/51098.

74 Zusammenfassende Kurzinformation über die Situation unter den indonesischen Studierenden in der DDR, 1.7.1967, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/469. Ähnliche Transparente wurden zwei Jahre später in Leipzig getragen, vgl. Störende und gegnerische Aktivitäten im Bereich des Ausländerstudiums der DDR, 2.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 7.

das Verhältnis zwischen dem sowjetischen und dem maoistischen Flügel der Indonesischen KP bestimmten.<sup>75</sup>

Doch diese Politik der Unterstützung linker Oppositioneller von rechten Regimes wurde in wachsendem Maße der diplomatischen Agenda der DDR untergeordnet. Nach einem rechten Staatsstreich in Burma 1968 machte die DDR keine Anstalten, einigen linken Studenten aus Burma ihren Schutz angedeihen zu lassen. Diese gründeten später die Union burmesischer Studenten in der DDR als Opposition zum neuen Regime in Rangoon, das sie daraufhin in ihr Land zurückberief. Als sie sich weigerten, die DDR zu verlassen und stattdessen versuchten, in den Untergrund zu gehen, intervenierten die DDR-Behörden, verhafteten sie und wiesen sie zwangsweise aus, obwohl deutsche und ausländische Studierende in der DDR, in Prag und Westberlin beträchtlichen Widerstand organisierten.<sup>76</sup>

Auch die NSVs, in denen Studenten kommunistischer Länder organisiert waren, machten den Behörden zu schaffen. Um die Mitte der sechziger Jahre sagten kubanische Studenten der SED-Politik aktiv den Kampf an und attackierten die Theorie der friedlichen Koexistenz sowie die Einführung materieller Anreize zur Steigerung von Leistung und Produktion. Die DDR-Behörden versuchten im Gegenzug, die „intensive politische Untergrundarbeit“ der kubanischen Studenten ebenso zu unterbinden wie ihre „auf der Grundlage der Che-Guevara-Theorie entwickelten kleinbürgerlich nationalistischen, linksradikalistischen und antisowjetischen Ideen“.<sup>77</sup>

Viel ernster war die Situation in den weit größeren NSVs der chinesischen, vietnamesischen und koreanischen Studenten. Mit der Eskalation der politischen Spannungen zwischen China und der Sowjetunion in den sechziger Jahren beschränkte die DDR Import und Distribution chinesischer Publikationen und verschärfte die Überwachung der Studenten aus China sowie maoistischer Sympathisanten aus anderen Ländern. Selbst beim VI. Parteitag der SED 1963 wurde die übliche inszenierte Einheit in andere Bahnen gelenkt und so ein Chor von Zwischenrufern geschaffen, der den Abgesandten der KP Chinas während dessen Rede verhöhnte.<sup>78</sup> In den Hochschulen verschlechterten die Beziehungen zwischen der DDR-Seite und den chinesischen Studenten sich bis zur offen gezeigten Feindseligkeit. Während chinesische Studenten den Revisionismus sowjetischen Stils attackierten, diffamierten DDR-Dozenten im Gegenzug Mao und die Chinesen als Dogmatiker. Hochschulen versuchten, die Kontakte chinesischer Studenten zu begrenzen, indem sie ihnen verboten, ihre Sommerferien mit anderen ausländischen Studenten zu verbringen. 1966 arbeiteten die

---

75 Bericht über den Praktikant E., 25.8.1971, SAPMO-BArch, DY 34/13001.

76 Ländergruppen-Einschätzung, 10.4.1969, BArch, DR 3/2. Schicht/B 1247a/2, Bl. 11–15.

77 Bericht über das Nationaltreffen der kubanischen Studierenden in der DDR vom 12. bis 14.4.1968 in Merseburg, 24.4.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 6–8.

78 Protokoll des VI. Parteitages der SED, 15. bis 21. Jan 1963, Berlin 1963, S. 19–30. Das Politbüro der SED hatte den Import der *Pekinger Rundschau* im August 1960 verboten, während *Radio Peking* westlichen Radiostationen gleichgestellt wurde. Nichtsdestoweniger – und zum Ärger der SED – zirkulierte Maos *Es lebe der Leninismus* auch weiterhin. Anfang 1963 wies das SHF die Rektoren der Universitäten an, hart gegen chinesische Publikationen durchzugreifen, die unter die „Ordnung für die Verbreitung von Publikationen, Dokumentationen und sonstigen Materialien ausländischer Herkunft“ fielen, vgl. Darlegung einiger Probleme unserer Arbeit mit den in der DDR befindlichen chinesischen Studenten, Aspiranten und Gastlektoren, 10.1.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/469, Bl. 5.

Chinesen in einem Sommerlager mit DDR-Studenten zusammen. Ein Funktionär berichtete jedoch, sie seien

„dort völlig isoliert und machten sich durch ihr Verhalten bei den DDR-Studenten lächerlich. (Die Studierenden standen um 6.00 Uhr auf, lasen Mao beim Frühstück, absolvierten ihren Arbeitseinsatz auf einer LPG, lasen wieder Mao, hatten nachmittags eine Versammlung und gingen Mao lesend zu Bett).“<sup>79</sup>

Diese ideologischen Kabbeleien hatten für einige Studenten katastrophale Folgen. Das galt zum Beispiel für den Chinesisch-Indonesier Xing-Hu Kuo, der Mitte 1961 zum ersten Mal unter systematische Überwachung durch das MfS gestellt wurde. 1965 wurde er dann auf der Grundlage eines an den Haaren herbeigezogenen Spionagevorwurfs zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt.<sup>80</sup>

Viele Studenten litten während dieser Zeit auch unter ihren eigenen Regierungen. Als der vietnamesische Kommunismus auf eine maoistische Linie einschwenkte, wurden die Vietnamesen in der DDR plötzlich darüber belehrt, dass die friedliche Koexistenz ein Irrglaube sei. In Gesprächen mit Kommilitonen verurteilten vietnamesische Studenten die Tatsache, dass in Deutschland nie eine Revolution stattgefunden habe und riefen zum Partisanenkrieg gegen Westdeutschland auf.<sup>81</sup> In der Folge wurden einige vietnamesische Studenten, die offen gegen diesen ideologischen Positionswechsel auftraten, von ihren Landsleuten angeschwärzt, radikal ausgegrenzt oder verfolgt. Einer von ihnen beschrieb einem Dozenten seine prekäre Lage:

„Die andere Freunde sind nicht so streng verfolgt so wie ich. Ich bin ganz streng verfolgt. Deshalb können Sie gute Maßnahmen treffen, zuerst mich zu retten. Ich bin entblößt, die andere sind noch nicht ganz entblößt. Man will mich immer schneller angreifen. Besonders ware der Partei Sekretär bei uns ein Kriminal Polizist.“<sup>82</sup>

Um den politischen Dissens auszurotten, befahl die nordvietnamesische Regierung Anfang 1964 die zeitweilige Rückkehr aller Studenten zum Zwecke der politischen Erziehung, von der die dissidenten Studenten allerdings befürchteten, sie werde ihre „physische Liquidierung“ nach sich ziehen. Mit Erfolg baten sie die ostdeutschen Behörden um Hilfe: im März 1964 half das MfS zwei vietnamesischen Studenten (darunter dem Verfasser des oben zitierten Briefes) dabei, in den Untergrund zu gehen. Sie wurden mit einer neuen Identität als Bürger Thailands und einem Job in einer Fabrik in Karl-Marx-Stadt ausgestattet. Als die vietnamesische Botschaft im Juni versuchte, die verbleibenden Dissidenten zwangsweise zu repatriieren, entschied sich eine vom Politbüro der SED eingesetzte Sonderkommission unter dem Vorsitz Erich Honeckers dafür, zwölf weiteren Studenten politisches Asyl zu gewähren.<sup>83</sup>

---

79 Einschätzung der politisch-ideologischen Situation im Ausländerstudium, o.D., circa Sommer 1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 10.

80 Xing-Hu Kou, Ein Chinese in Bautzen II. 2675 Nächte im Würgegriff der Stasi, Böblingen 1990 und ders., Wodka in Sektgläsern. Cocktail meiner liebeswürdigen Stasi-Damen, Böblingen 1993.

81 Zur Lage unter den ausländischen Studenten, o.D., circa Januar 1964, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/1, Bl. 7.

82 Die Fehler des Originals wurden im Zitat übernommen. Schreiben des vietnamesischen Studenten T.T., 28.12.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/469.

83 Beschluß 20/64 des Politbüros v. 16.6.1964, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/469. Für die diesen Fall betreffenden Dokumente des MfS vgl. Michael Feige, Vietnamesische Studenten und Arbeiter in

### 3. Jenseits der Universitätsmauern – die Interaktion mit der DDR-Bevölkerung

Während ihrer Zeit in der DDR waren die ausländischen Studierenden weder allein von ihrem Studium und politischen Fragen in Anspruch genommen, noch verbrachten sie ihre gesamte Zeit in auffälligen Studentenwohnungen. Das Leben in der DDR hatte viel zu bieten, vor allem im Freizeitbereich. Offizielle Vorstellungen von der optimalen Freizeitgestaltung ausländischer Studenten waren eine eklektische Mischung aus Paternalismus, Rassismus und Paranoia, die im sozialismustypischen, allgegenwärtigen moralisierenden Tonfall stetiger Selbst-Verbesserung und Opferbereitschaft daher kamen. DDR-Repräsentanten sprachen unentwegt davon, wie wichtig es sei, die Fremden in eine „sinnvolle Freizeitgestaltung“ einzubinden. Damit waren kulturelle Aktivitäten und Freizeitbeschäftigungen gemeint, welche die Billigung der Partei fanden. In all ihren Aspekten zeigt sich diese Mentalität am besten in einem Text, den Prof. Katharina (Käthe) Harig als Direktorin des HI in den frühen sechziger Jahren verfasst hatte:

„Unsere [ausländischen] Studierenden zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung zu erziehen, sie vom Flanieren, vom Zeitvertrödeln, vom ungesunden langen Tagesschlaf abzubringen, ist eine komplizierte pädagogische Aufgabe, und der Versuch, sie an ein strenges Tagesregime, das unseren klimatischen Verhältnissen entspricht, zu gewöhnen, erfordert viel Geduld und pädagogischen Takt. Das Motto des Herder-Instituts ist ‚Wo wir nicht sind, ist der Feind!‘ und [wir] meinen damit, daß es notwendig ist, ein wachsames Auge darüber zu haben, mit wem der Student seine freie Zeit verbringt. Wir müssen sehr oft Einflüssen zu begegnen verstehen, die wir nicht schätzen (Bekanntschaft mit kleinbürgerlich denkenden Menschen, die versuchen, sich an die Ausländer heranzumachen, mit leichten Mädchen, Besuch nicht geeigneter Tanz- und Nachtlokale), und dem Studium ein Milieu schaffen, das dem allgemeinen gesunden Leben und dem breiten kulturellen Aufstieg unseres Volkes in der DDR entspricht.“<sup>84</sup>

Demgemäß waren Ausländer nicht nur vor sich selbst und ihren angeblich wesenseigenen Unzulänglichkeiten zu schützen, sondern auch vor jenen Teilen der DDR-Bevölkerung, die nicht auf der Linie der SED lagen. In den Augen mancher Funktionäre konnte schlichtweg gar nichts einfach nur harmlos sein. Als zum Beispiel 1959 ein Dozent Gesprächskreise auf die Beine stellte, um chinesischen Studenten beim Deutschlernen zu helfen, kritisierte die Parteileitung der TH Dresden ihn dafür, dass er den Studenten ermögliche, sich einer „ganzen Reihe undefinierbarer alter Damen und anderer Leute“ zuzugesellen.<sup>85</sup> Ungeregelte Kontakte untergruben das, was den Studenten in ihren Kursen über das Leben in der DDR

---

der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS, Magdeburg 1999, S. 23–28. Den 14 Vietnamesen wurde 1976 die DDR-Staatsbürgerschaft verliehen, vgl. Verleihung der DDR-Staatsbürgerschaft an vietnamesische Bürger, 8.9.1976, BArch, DO 1/8.0/51100.

84 Form der Arbeit mit ausländischen Studenten in der außerunterrichtlichen Zeit, o.J. [circa 1963], SAP-MO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 2. Vgl. auch einen ähnlichen Text: Über die Erziehungsarbeit am Herder-Institut der KMU, 5.10.1963, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 13.

85 Bericht über die Teilnahme an der Parteigruppensitzung des Lektorats Deutsch an der TH Dresden am 13.4.1959, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/2.

erzählt wurde, wie der führende FDGB-Funktionär Rolf Deubner dem akademischen Rat der HSDG Ende 1960 erläuterte:

„Unsere Studenten sind sich außerhalb des Unterrichts zu sehr selbst überlassen. Wir sind auch nicht wachsam genug, wenn Kollegen aus England, Westdeutschland, Frankreich usw. kommen. Wir empfangen sie sogar noch sehr freundlich und lassen sie unter unseren Studenten hier arbeiten. Deshalb ist es notwendig und wir haben es uns auch schon überlegt, ein ganzes System für die Betreuung der afrikanischen Studenten zu schaffen. Ich will nicht falsch verstanden werden, daß wir sie wie Kinder behandeln sollen. Es muß eine gegenseitige freundschaftliche Behandlung sein. Es kommt darauf an, sie in das kulturelle Leben einzubeziehen, denn die Gespräche, die außerhalb des Unterrichts geführt werden, sind nämlich ganz anders als innerhalb des Studiums. Diese Gespräche müssen auch vielmehr ausgewertet werden, weil man darin sehr schnell feststellen kann, mit welchen Problemen sie bei uns nicht klar kommen. Unsere Aufgabe muß es sein, daß wir unsere afrikanischen Studenten mit fortschrittlichen Arbeitern von uns zusammenbringen.“

Dem konnte der stellvertretende Direktor des Instituts Dr. Herbert Felgentreu nur zustimmen; er war der Ansicht, „alle Versuche, andere Einflüsse hineinzutragen“ könnten abgewehrt werden und „unser Einfluß“ werde allgegenwärtig, wenn man es einem afrikanischen Studenten nur ermögliche, sein Zimmer mit einem zuverlässigen deutschen Studenten zu teilen, ihn bei seinen Eltern zu besuchen und in die Ferien zu begleiten.<sup>86</sup>

Es ist jedoch wichtig zu unterstreichen, dass einige ausländische Studierende, vor allem Kommunisten, unregelmäßige gesellschaftliche Aktivitäten genauso kritisch beurteilten. So legten beispielsweise zypriotische Studenten der SED 1962 einen Bericht vor, in dem sie argumentierten, eine Zusammenarbeit von Behörden und Studenten sei unerlässlich, wenn man diesen ermöglichen wolle, ihre Freizeit vernünftig und mit den richtigen Leuten zu verbringen. Zugleich gaben sie warnend zu bedenken:

„Durch das Fehlen einer Freizeitgestaltung der ausländischen Studenten und damit ihrer Isolierung bleibt in der freien Zeit der Weg zur Kneipe und zu den verschiedenen Tanzlokalen offen. Dort treffen die ausländischen Studenten meist diejenigen Leute, die kein gutes Wort für den Sozialismus, die Regierung und die Partei finden.“

Die Zyprioten machten geltend, die ausländischen Studenten seien oft ganz durcheinander gebracht und enttäuscht, wenn sie mit den tatsächlichen Bedingungen in der DDR konfrontiert würden, und das lasse es wahrscheinlich werden, dass sie als Antikommunisten nach Hause zurückkehrten. (Sie behaupteten, der Umkehrschluss gelte für ausländische Studierende im Westen – diese gingen als Kommunisten in ihre Heimat zurück.) Sie schlugen deshalb die Einrichtung eines zentralen Kulturzentrums für die ausländischen Studenten Leipzigs vor, um eine bessere Kontrolle ihrer Freizeitaktivitäten zu gewährleisten.<sup>87</sup>

Was aber hatte die DDR der sechziger Jahre den ausländischen Studierenden in Sachen „sinnvolle Freizeitbeschäftigung“ zu bieten? Glaubt man dem HI, dann stand den Studenten ein breites Spektrum verschiedener Freizeitangebote in den Bereichen Kunst, Musik, Thea-

---

86 Protokoll der Tagung des wissenschaftlichen Rates der HSDG am 23.11.1960, SAPMO-BArch, DY 34/2123 Bl. 14–16.

87 Bericht der Hochschulgruppe der zypriotischen Studenten, o.D., circa Februar 1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/624, Bl. 93–103, hier Bl. 95 u. 98.

ter, Konzerte und Sport offen. Einige ältere Studenten lernten Schwimmen, während afrikanische Studenten Skifahren gingen. Die Studenten konnten bei der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) Fahrstunden nehmen, Segel- oder Motorsportkurse machen. Sie wurden außerdem ermuntert, bei internen Hochschulseminaren kleine Referate über die politische Situation in ihren Heimatländern zu halten. Es wurden Ausflüge zu verschiedenen kulturell und historisch interessanten Zielen angeboten, auch Werksbesuche und Besichtigungen landwirtschaftlicher Kollektive standen auf dem Programm, und das HI notierte, es gebe „kaum ausländische Studierende, denen die Namen ‚Schwarze Pumpe‘, Eisenhüttenstadt, Hettstädt, Leuna, Sosa-Talsperre, Warnow-Werft nicht zum Begriff geworden sind“. Während ihrer Sommerferien konnten Studenten Betriebspraktika machen, an Sommerlagern oder Arbeitsbrigaden teilnehmen. Akademische und nichtakademische Massenorganisationen versuchten ebenfalls, die Studenten in ihrer Freizeit für sich einzuspannen. In Leipzig organisierte der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) jeden Monat einen „Internationalen Treff“ für Ausländerstudentinnen. Als führendes Mitglied der Deutsch-Arabischen Gesellschaft lud Prof. Dr. Baumgarten „besonders arabische Studierende regelmäßig zur Besichtigung und zu Ausspracheabenden“ ein.<sup>88</sup> Ähnliche Gepflogenheiten herrschten in Dresden, wo ein Mitarbeiter des IML der Hochschule enge gesellschaftliche und politische Kontakte zu den arabischen und griechischen Studenten unterhielt, während ein anderer Beziehungen mit lateinamerikanischen Studenten pflegte.<sup>89</sup> Während viele Studenten diese Begegnungen sehr wohl genossen haben dürften, halfen sie den DDR-Repräsentanten doch zweifellos zugleich dabei, die politischen Einstellungen der Ausländerstudenten zu überwachen.

In einigen kleineren Universitäten und Hochschulen jedoch scheint Langeweile ein typisches Merkmal des Studentenlebens gewesen zu sein. So waren beispielsweise in Ilmenau 1971 die gesellschaftlichen Aktivitäten und Freizeitangebote so begrenzt, dass das sowjetische Hochschulministerium förmlich Beschwerde beim KAS einlegte. Die Jugendklubs von Ilmenau waren „eintönig“, weil die DDR-Studenten übers Wochenende nach Hause fuhren, und die nächsten Klubs waren erst wieder in Weimar zu finden. Die Lage wurde weiterhin dadurch erschwert, dass Sporteinrichtungen fehlten und keine Wintersportausrüstungen zur Verfügung standen.<sup>90</sup> Den ausländischen Studierenden schlug ganz besondere Feindschaft entgegen, wenn sie versuchten, vom Konsumangebot in den Läden der DDR zu profitieren – Jahre später sollten die Vertragsarbeiter hier ähnliche Erfahrungen machen. Bereits 1956 beschwerten Offizielle sich darüber, dass Studenten aus sozialistischen Ländern ihr Stipendium dazu missbrauchten, „eine ganze Reihe technischer Erzeugnisse der DDR“ anzuhäufen.<sup>91</sup> Den Funktionären fiel es schwer zu akzeptieren, dass Ausländer materielle Interessen haben konnten. Weil die Partei unaufhörlich ihre eigenen politischen und ideologischen Ideale auf bestimmte Ausländer projizierte und sie als selbstlose und heroische Revolutionäre darstellte, untergrub jede unbotmäßige soziale Aktivität der Studenten diese Vorstellung-

88 Form der Arbeit mit ausländischen Studenten in der außerunterrichtlichen Zeit, o.D. [circa 1963], SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 4.

89 Schreiben der KL der SED an der TU Dresden an die BL der SED Dresden, 25.9.1967, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 9.

90 Information über an der TH Ilmenau durchgeführten Besuch, 5.3.1971, DY 30/IV A 2/9.04/513.

91 Der Tag der Auslandsstudenten vom 20 bis 21.1.1956 in Leipzig, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/639, Bl. 93.

gen. Dafür sind die Anfang der fünfziger Jahre in die DDR aufgenommenen nordkoreanischen Studenten und Kriegswaisen ein frühes Beispiel. Ein früher Bericht der ABF Leipzig rühmte den Charakter der Koreaner in „moralischer, politischer und fachlicher Hinsicht“ und fügte hinzu, dieser stehe in krassem Gegensatz zur „egoistische[n] und politisch schädliche[n] Haltung“ vieler deutscher Studenten.<sup>92</sup> Und doch baten nur ein Jahr später dieselben Hochschulvertreter die koreanischen (und bulgarischen) Studenten, die inzwischen einen wachsenden Hang zu Konsumgütern, Partys und teuren „Blitzgesprächen“ entwickelt hatten, um mehr „proletarische Bescheidenheit“.<sup>93</sup> So offensichtlich wie unausweichlich waren die koreanischen Studenten dabei, sich ihrer neuen Umgebung in der DDR anzupassen und ihren Nutzen aus dem zu ziehen, was diese zu bieten hatte. 1957 wurde Kurt Hager darüber informiert, dass die koreanischen Studenten „am stärksten den Einflüssen ihrer Umgebung unterworfen“ seien. Des Weiteren hieß es:

„Die Lebensbedingungen in der DDR sind selbstverständlich gegenüber denen in Korea unvergleichbar besser, und die in der Regel sehr jungen Studenten ziehen daraus die Schlussfolgerung, daß es für sie persönlich weitaus günstiger wäre für immer – zumindest für längere Zeit – unter diesen Bedingungen zu leben.“<sup>94</sup>

In den Augen mancher Funktionäre konnte nur erzwungene Askese dieses Problem lösen. Ein Mitarbeiter der HSDG in Bernau ließ sich zu der Bemerkung hinreißen, die „Verwöhnung der afrikanischen Kollegen“ sei das Ergebnis „großzügiger und zum Teil übertriebener materieller Unterstützung“ und der Entfremdung von den „Kampf- und Lebensbedingungen in ihren Ländern“.<sup>95</sup>

### 3.1 Ausflüge nach Westberlin

Allerdings waren nicht alle Studenten bei der Gestaltung ihres Kultur- und Freizeitprogramms vollständig auf die DDR angewiesen, und viele Studenten widmeten sich begeistert einer Beschäftigung, die zu verhindern die DDR-Stellen offensichtlich machtlos waren. Wie eine interne Anweisung des Innenministeriums 1962 bestätigte, konnte die DDR ausländische Studenten mit gültigen Pässen nicht davon abhalten, nach Westberlin zu reisen.<sup>96</sup> Obwohl die Hochschulen oft versuchten, diesen Grenzverkehr mit verbaler Einschüchterung und einer Reihe hochschulinterner Reglementierungen einzudämmen, bestätigte das KAS 1972 widerwillig erneut, es gebe kein geschriebenes Gesetz, das erlaube, die ausländischen

---

92 Bericht über die Überführung der ABF an die Universität Leipzig, 10.3.1953, BAArch, DR 3/1. Schicht/146, Bl. 272f.

93 Bericht über die Arbeit der ABF, Abt. Ausländerstudium, 27.1.1954, SAPMO-BAArch, DY 30/IV 2/9.04/639, Bl. 11 u. 14.

94 Koreanische Studenten in der DDR, 3.6.1957, SAPMO-BAArch, DY 30/IV 2/9.04/640, Bl. 56f.

95 Abschlußanalyse des 2. Lehrgangs für afro-asiatische Studenten an der HSDG von Sept. 1960 bis Mai 1961, o.D., SAPMO-BArch, DY 34/2123, Bl. 6f.

96 Vgl. die Diss. von Theo Dudek, Einige Besonderheiten bei der Werbung von operativ geeigneten Ausländern mit ständigem Wohnsitz in der DDR für die Abwehrarbeit des MfS (Linie VII), o.D. (um 1966), BStU MfS JHS MF 540, Bl. 9.

Studierenden von Besuchen im Westen abzuhalten. Das einzige hierzu verfügbare Mittel sei es, die „politisch-ideologische Überzeugungsarbeit“ der Studenten zu intensivieren.<sup>97</sup>

Die Reisefreiheit ließ ausländische Studenten, die sich relativ mühelos zwischen den Systemen bewegten, in den Genuss der Vorzüge beider Gesellschaften kommen. Ironischerweise profitierten manche dabei von der Vorstellung einiger DDR-Stellen, derzufolge Westbesuche die Studenten in ihrem Glauben an den Sozialismus eher bestärkten denn schwächten. So hieß es in einer MfS-Dissertation, dass Ausflüge in den Westen vielleicht nicht zwangsläufig gar so schädlich seien. Man machte dort geltend, die „Anschaulichkeit der Gegenüberdarstellung“ könne den Studenten „bei guter erzieherischer Arbeit auch zu positiven Erkenntnissen verhelfen“, was „bei Anknüpfung an das bei der Mehrheit der Auslandsstudenten vorhandene Gerechtigkeitsempfinden durchaus möglich“ sei.<sup>98</sup> In ähnlicher Weise notierte die HfÖ in Berlin 1969, dass die „Westkontakte unserer Studenten nicht unbedingt negativ einzuschätzen sind“.<sup>99</sup> Nach einer Schätzung des MfS von 1965 besuchten 43,3 Prozent der 11.216 in der DDR wohnhaften Ausländer aus nichtsozialistischen Ländern (diese Zahl schloss die Studenten mit ein) Westberlin.<sup>100</sup> Vier Jahre später vermerkte das KAS, von der Gesamtheit der Studenten aus nichtsozialistischen Ländern reisten 16,4 Prozent in den Westen, wobei Studenten aus Indien, Nigeria und Guinea auf den ersten Plätzen lägen.<sup>101</sup> Weil die Studenten diese Ausflüge aber machten, ohne vorher die Hochschulen davon zu informieren, lag der Prozentsatz zweifellos noch höher. Ausflüge nach Westberlin blieben zudem nicht alleiniges Vorrecht der Bürger nichtsozialistischer Staaten, und eine Hochschule beschwerte sich 1965, dass kubanische Studenten regelmäßig in die Enklave reisten.<sup>102</sup>

Westreisen verschafften den ausländischen Studierenden Zugang zu westlichen Märkten und brachten sie so in eine Schlüsselstellung bei der Versorgung der DDR-Mangelwirtschaft mit Konsumgütern. Afrikanische Studenten der HSDG in Bernau hatten „Westmäntel [...] und andere Westberliner Ware (Seife, Zahnbürste)“ gekauft und provozierten damit den offenkundigen Neid des Hochschuldirektors Dr. Karl Kampfert. Dieser behauptete im Übrigen, die Güter würden an die örtliche Bevölkerung weiterverkauft, wo die früheren Grenzgänger über Rücklagen harter Währung verfügten. Zudem halfen die Studenten seiner Darstellung zufolge dabei, die Kontakte zwischen Freunden und Familien aufrechtzuerhalten, die von der Mauer getrennt worden waren.<sup>103</sup> Über ähnliche Transaktionen berichtete die KMU Leipzig 1966. Demnach reisten arabische und afrikanische Studenten regelmäßig

---

97 Protokoll der Sitzung des KAS vom 13.2.1972, BArch, DR 3/2. Schicht/B 1247a/2, Bl. 5f.

98 Vgl. die Diss. von Paulsen, Bl. 23.

99 Vorlage zur Lösung des Problems „Ausländerstudium“ an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) Berlin, 15.1.1969, BArch, DR 3/1. Schicht/1936/2, Bl. 4.

100 Vgl. die Diss. von Paulsen, Bl. 27.

101 Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 15.

102 Bericht der TH Ilmenau über kubanische Studierende im Studienjahr 1964/65, o.D., DR 3/1. Schicht/1937, Bl. 3.

103 Westverbindungen der Studenten des 3. afro-asiatischen Lehrgangs, 1.8.1962, SAPMO-BArch, DY 34/458, Bl. 2f.

nach Westberlin, von wo sie mit Kleidung und anderen Gütern zum persönlichen Gebrauch und „zu spekulativen Zwecken“ zurückkehrten.<sup>104</sup>

Andere Auslandsstudenten, wie 1963 die algerischen Studenten der Bergakademie Freiberg, mochten Westberlin wegen seines „Nachtleben[s]“.<sup>105</sup> Anfang 1964 berichtete die TU Dresden, ausländische Studierende seien „fasziniert“ von den Fortschritten im Westen, und die meisten von ihnen reisten während der Semesterferien dorthin. Besonders im Vorteil waren dabei diejenigen Studenten, die von ihren Regierungen ein zusätzliches, in westdeutschen DM ausbezahltes Stipendium oder Überweisungen von ihren Familien erhielten, die üblicherweise auf westlichen Bankkonten eingingen.<sup>106</sup>

### 3.2 Die Beziehungen zu den ostdeutschen Studenten

Weil die Funktionäre die Freizeitgestaltung der ausländischen Studierenden in möglichst all ihren Aspekten reglementieren wollten, verwendeten sie oft beträchtliche Mühe auf den Versuch, deren Beziehungen zu ihren ostdeutschen Kommilitonen zu kontrollieren. Die durchaus erwünschten Kontakte zwischen Ausländerstudenten und „fortschrittlichen“ ostdeutschen Studenten und DDR-Bürgern herzustellen, erwies sich jedoch als schwieriges Unterfangen, und das trotz – oder gerade wegen – der Versuche der Funktionäre, diese Kontakte zu systematisieren. In den frühen fünfziger Jahren wies das SHF die Hochschulen an, ein System der „Betreuung“ einzurichten. Dazu gehörte die Bildung von Zweiergruppen aus jeweils einem ausländischen und einem ostdeutschen Studierenden. Dieses System war nicht immer effektiv, was vor allem an der mangelnden Bereitschaft eines der beiden oder auch beider Partner lag, sich in dieser Farce einer Freundschaft einzurichten. Wie das HI berichtete, lehnten die ausländischen Studierenden ihre Aufpasser im Allgemeinen vielmehr als Spitzel ab, die es darauf abgesehen hätten, ihre Freizeit zu reglementieren und zu beaufsichtigen, wobei es sich um ein „Missverständnis“ handle, indem sie von „feindlichen und westlichen“ Elementen bestärkt würden.<sup>107</sup> Es handelte sich jedoch keineswegs um ein Missverständnis. Das Prorektorat für Studienangelegenheiten der TH Magdeburg ermunterte die Betreuer, alle bei den Studenten im Umlauf befindlichen, nicht zugelassenen ausländischen Publikationen zu konfiszieren, „und zwar im Interesse der ausländischen Studenten selbst“.<sup>108</sup>

Die Versuche der Funktionäre, Freundschaften zu organisieren, behinderten die Entwicklung normaler und gesunder Kontakte zwischen ausländischen und ostdeutschen Studenten erheblich. Über deren Beziehungen wurde in den Berichten ungewöhnlich freimütig

---

104 Schreiben der Abt. IV an die Abt. Wissenschaften, 6.5.1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466.

105 Bericht über die Bildung von Organisationen ausländischer Studenten, 25.7.1963, DO 1/8.0 HA Paß- und Meldewesen Nr. 41383, Bl. 4.

106 Die Akten legen nahe, dass Studenten aus Guinea, Indien, Mali und Ghana eine solche finanzielle Unterstützung von ihren Regierungen bekamen. Vgl. Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 15f.

107 Form der Arbeit mit ausländischen Studenten in der außerunterrichtlichen Zeit, o. D. [circa 1963], SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 10.

108 Protokoll der Betreuerbesprechung am 3.4.1963, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/3.

gesprochen. Doch nur gelegentlich wurde dabei die Meinung ausländischer Studierender zu diesem Thema wortwörtlich wiedergegeben, so 1965 an der TH für Chemie in Magdeburg. Hier erklärten Studenten aus Guinea, sie kämen mit allen Deutschen an der Hochschule gut aus – außer mit den DDR-Studenten. Andere verwiesen auf die Oberflächlichkeit der Kontakte mit den DDR-Studenten sowie deren mangelnde Bereitschaft, auf kulturelle Differenzen Rücksicht zu nehmen. Irakische Studenten erklärten in diesem Zusammenhang:

„Es gibt einige Studenten, die uns nicht verstehen wollen. Aber man muß bedenken, daß wir an ganz andere klimatische Bedingungen gewöhnt sind (bei uns wird mittags geschlafen) und uns erst langsam umgewöhnen müssen. Die deutschen Studenten neiden uns die Möglichkeit, im westlichen Ausland in Urlaub zu fahren, das bessere Mensaessen usw. Oberflächlich betrachtet sind die Beziehungen gut. Aber wenn man näher hinsieht, gibt es überhaupt keine freundschaftlichen Beziehungen.“

Ihre bulgarischen Kommilitonen sahen das ähnlich:

„Die deutschen Studenten sehen uns nur mit ihren Augen und sie versetzen sich nicht in unsere Lage. Sie geben sich keine Mühe, uns zu verstehen. Es gibt kaum Streit zwischen uns, aber es fehlt das echte freundschaftliche Verhältnis.“<sup>109</sup>

Die Erfahrungen der Studenten in Magdeburg waren keine Ausnahme. Das KAS vermerkte 1969, die Beziehungen zwischen ausländischen und ostdeutschen Studierenden gestalteten sich in kleineren Hochschulen weniger schwierig – hier waren sie in derselben Unterkunft untergebracht –, während das Gegenteil für die größeren Institutionen gelte. In der Tat war es nur natürlich, dass sich Studenten aus einem bestimmten Land miteinander anfreundeten, wie die KMU 1973 mit Bezug auf sowjetische Studenten berichtete. Obwohl die Hochschule verzweifelt versuchte, die „Herstellung persönlicher freundschaftlicher Beziehungen“ durch die gemeinsame Unterbringung sowjetischer und deutscher Studenten im selben Studentenwohnheim zu ermutigen, ergab sich daraus doch eine Reihe neuer Probleme, „die aus den unterschiedlichen Lebensgewohnheiten oder der noch nicht abgeschlossenen Eingewöhnung resultieren, die auch bei den DDR-Studenten entstehen“.<sup>110</sup>

Wie das sowjetische Beispiel zeigt, mussten an der Freizeitgestaltung der ausländischen Studierenden nicht immer Deutsche beteiligt sein. Vor allem an den größeren Hochschulen gab es eine gewisse Selbstbezüglichkeit im Kultur- und Freizeitbereich. Während ihrer Zeit am HI nahmen die ausländischen Studierenden nicht an den Vorlesungen ihrer deutschen Kommilitonen teil. Das Zusammenleben und gemeinsame Studieren ließ zwischen den ausländischen Studierenden zweifellos oft enge Freundschaften entstehen, die aufrechterhalten wurden, wenn sie später auf die regulären – und anonymen – Universitäten kamen. Die Tatsache, dass sie sich fließend auf Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch oder Arabisch miteinander unterhalten konnten, verstärkte die Bande zwischen ausländischen Studenten verschiedener Herkunftsländer genauso wie ein gemeinsamer politischer und kultureller Hintergrund. Fälschlicherweise glaubten die DDR-Funktionäre, bei diesem Gruppenzusammenhalt handle es sich um eine Form absichtlicher Selbstaussgrenzung. So beschwerte das KAS sich 1969 über die Neigung ausländischer Studierender, sich von ihren ostdeutschen Kommilitonen „abzukapseln“, die jedoch ihrerseits, wie hinzugefügt wurde,

---

109 Berichte der TH Chemie, Magdeburg, 5.5.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/1937.

110 Zur Arbeit mit den sowjetischen Studenten an der Karl-Marx-Universität, 14.4.1973, DY 30/IV B 2/9.04/136, Bl. 7.

kein Interesse daran hatten, ihre ausländischen Mitstudenten kennen zu lernen.<sup>111</sup> Trotzdem gab es Spannungen zwischen beiden Gruppen. Mitte der sechziger Jahre beklagte ein Bericht, viele Ausländerstudenten, vor allem Kubaner und Algerier, betrachteten ihre DDR-Kommilitonen als „verbürgerlicht“. Des Weiteren sei „ein großer Teil der lateinamerikanischen Studenten [...] geneigt, in unzulässiger Verallgemeinerung alle DDR-Bürger als Spießer, als Menschen, denen jeglicher revolutionärer Elan fehle, zu betrachten“.<sup>112</sup>

Das Unvermögen der Verantwortlichen, organisierte Freundschaften zu stiften, kontrastierte jedoch mit den erfolgreicherem Versuchen der Ausländer, ihre eigenen Freundschaften zu schließen. Dass die ausländischen Studenten von den Ostdeutschen als andersartig wahrgenommen wurden, führte nicht notwendig zu ihrer Marginalisierung in der DDR-Gesellschaft. Im Gegenteil erleichterte ihr Anderssein oft eine verstärkte Interaktion, vor allem mit denjenigen Ostdeutschen, deren politischer und kultureller Horizont nicht an der Berliner Mauer endete. Ausländische Studierende waren eine Brücke zur Außenwelt, wie Vijoy Batra in seinen Erinnerungen über seine eigenen Erfahrungen in der DDR zwischen 1957 und 1961 berichtet:

„Alle Ausländer, besonders die aus den nichtkommunistischen Ländern, sind bei der Bevölkerung der Zone sehr beliebt. Wann immer man uns auf der Straße, in den Bussen oder Restaurants sah, wurden wir sofort angesprochen und häufig nach Hause eingeladen. Vor allem wollte man von uns etwas erfahren über das Leben in unseren Ländern und im Westen allgemein. Da es den Bewohnern der SBZ verboten ist, ins westliche Ausland zu reisen, gaben Gespräche mit uns ihnen eine Möglichkeit, sich ein Bild von ‚draußen‘ zu machen. Im allgemeinen habe ich festgestellt, daß die Menschen recht unwissend sind über das, was außerhalb der Grenzen geschieht.“<sup>113</sup>

Einige der frühesten MfS-Dissertationen zum Thema Ausländer vermerkten auch, diese verstünden es, aus ihrer hartnäckigen „Verherrlichung der westlichen Lebensart“ Kapital zu schlagen, wie einer der Autoren es nannte. Diesem Westbezug sei es zu verdanken, „daß Ausländer bei ihrem Auftreten in öffentlichen Einrichtungen oftmals schnell Kontakt zu DDR-Bürgern finden, insbesondere solche Ausländer, denen man ansieht, daß sie aus nichtsozialistischen Staaten kommen. Besonders trifft dies auf solche Kreise zu, die sowieso eine negative Haltung zur DDR einnehmen“.<sup>114</sup> In vielerlei Hinsicht korrespondieren die Erfahrungen ausländischer Studierender in den sechziger Jahren mit den Forschungsergebnissen Almut Riedels zu den algerischen Vertragsarbeitern der siebziger Jahre. Sie argumentiert, diese hätten ihren niedrigen Status am Arbeitsplatz und ihre geringen Löhne durch ihren „Zugang zu Westattributen“ (die jedoch mehr vorgestellt als real waren) und durch „Geltungskonsum“ kompensiert, um so ihren Status im gesellschaftlichen Leben und im Freizeitbereich zu erhöhen.<sup>115</sup> Da die meisten ausländischen Studenten aus nichtsozialistischen

---

111 Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 20.

112 Einschätzung der politisch-ideologischen Situation im Ausländerstudium, o.D., circa Sommer 1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 7f.

113 Batra, Studium bei Freunden?, S. 10.

114 Vgl. die Diss. von Dudek, Bl. 14 u. 22.

115 Almut Riedel, Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest algerischer Vertragsarbeiter in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 53 (2001), H. 5, S. 76–95. Der Terminus „Geltungskonsum“ bzw. *conspicuous consumption* bezeichnet den Versuch, andere mit großspu-

Ländern relativ leicht in den Westen reisen konnten (anders als die algerischen Vertragsarbeiter, denen das nicht möglich war), waren ihre „Westattribute“ bei weitem wirkungsmächtiger.

Die ausländischen Studierenden lehnten die DDR-Modelle organisierter Freundschaft ab und gestalteten deshalb auf ganz eigene Weise ihre persönlichen Kontakte zu den Ostdeutschen. Diese stellten den sichtbarsten Ausdruck interkultureller Interaktion zwischen Ausländern und DDR-Bürgern und im Falle von Liebesbeziehungen eine im Übrigen ganz natürliche Entwicklung dar, wenn man in Rechnung stellt, dass die übergroße Mehrheit der ausländischen Studierenden zu dieser Zeit jung, männlich und ledig war. So waren beispielsweise im akademischen Jahr 1965/66 nur 11,3 Prozent der ausländischen Studierenden und Postgraduierten verheiratet und lebten tatsächlich auch mit ihren Ehegatten in der DDR.<sup>116</sup> Vor dem Hintergrund verdeckter rassistischer Strömungen in der Gesellschaft und dem Paternalismus des DDR-Staates waren diese Liebesbeziehungen zugleich aber auch die problematischste Form der Interaktion.

Statistiken über Eheschließungen von DDR-Bürgern und Ausländern sind lückenhaft und wurden zum ersten Mal Mitte der sechziger Jahre von der DVP erstellt. Trotzdem geben sie einen Eindruck davon, wie häufig binationale Beziehungen zu dieser Zeit waren. So verheirateten sich in der Zeit von 1963 bis 1966 beispielsweise mehr als 645 Ostdeutsche mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten, von denen die meisten Studenten waren. Eheschließungen mit Bürgern aus Staaten des sozialistischen Blocks waren häufiger, und allein 1965 gab es 276 solcher Verbindungen.<sup>117</sup> Die Zahl der Beziehungen, die nicht im Rahmen einer Ehe geführt wurden, war natürlich noch viel größer. Vijoy Batra, ansonsten ein scharfer Kritiker der DDR, ließ durchblicken, ausländische Männer hätten es dort leicht gehabt, ihre Anziehungskraft auf das andere Geschlecht auszuspielen:

„Ich habe in der Zone nirgendwo rassistische Vorurteile gegenüber uns Ausländern angetroffen, ganz zu schweigen von Diskriminierungen in dieser Hinsicht, wenn man davon absieht, daß es immer einzelne gibt, die bestimmte Sympathien und Abneigungen haben. Die Mädchen schienen mir sogar mitunter etwas zuviel Sympathie für Männer mit dunkler Hautfarbe zu zeigen. Die Kommunisten nutzen auch dies zu ihrem Vorteil, indem sie linientreue FDJlerinnen dazu delegieren, mit uns anzubändeln. Ihre Pflicht ist es, mit uns gemeinsam tanzen oder ins Theater zu gehen, uns politisch ‚positiv‘ zu beeinflussen und uns gesellschaftlich froh zu machen. Das Resultat ist, daß es eine Menge unehelicher Kinder von Ausländern gibt. Wenn diese Ausländer aber die Mädchen heiraten wollten, wurde ihnen auf dem Standesamt gesagt: ‚Hochzeiten zwischen deutschen Mädchen und Ausländern aus den feindlichen Ländern

---

rigen Ausgaben für teure Luxusgüter zu beeindrucken. Der Begriff wurde geprägt von Thorstein Veblen, *The Theory of the Leisure Class: An Economic Study of Institutions*, New York 1902, S. 68–101.

116 Statistik für das Studienjahr 1965/66 (Studenten), o.D., BArch, DR 3/2. Schicht/4067. In 237 Fällen waren die ausländischen Studierenden mit einer oder einem Ostdeutschen verheiratet, in 197 Fällen mit einem Mann oder einer Frau aus ihrem Heimatland, und in 32 Fällen hatte der jeweilige Ehegatte eine andere Staatsangehörigkeit.

117 Statistik zu Rückkehrern, Zuziehenden und Ausländern, o.D., circa Dezember 1966, BArch, DO 1/8.0/35339.

sind verboten'. Man fragt sich nur, ob afro-asiatische Länder als feindliche oder befreundete Länder gelten."<sup>118</sup>

Auch wenn Batra hier vielleicht aus eigener Erfahrung schrieb, muss seine Analyse mit Vorsicht behandelt werden, denn seinem Verleger, dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, war daran gelegen, die DDR-Bevölkerung als unschuldiges Opfer und die Kommunisten als Übeltäter dazustellen. Vor dem Hintergrund des sozial konservativen Klimas der damaligen Bundesrepublik musste seine Behauptung, die SED-Politik führe immer wieder zu Schwangerschaften von Teenagern mit ausländischen Männern, die Leser schockieren.

Doch tatsächlich sahen heiratswillige, binationale Paare sich beträchtlichen bürokratischen Hürden der verschiedensten Art gegenüber.<sup>119</sup> Bis 1968, als das Verfahren wesentlich verschärft und zentralisiert wurde, waren die örtlichen Behörden auf Kreisebene bevollmächtigt, über Heiratsbegehren zu entscheiden, was zu einer großen Bandbreite bei der Anwendung der entsprechenden Bestimmungen führte. Diese Diskrepanzen vermerkte die UASA 1962 und berichtete, ihre Mitglieder gerieten in „starken, politischen Konflikt durch die unklare, unterschiedliche und administrierte Handhabung der Eheschließungen zwischen Afrikanern und deutschen Frauen“. Zwar war die afrikanische Studentenvereinigung damit einverstanden, dass die Standesämter das Recht hatten, einen schriftlichen Nachweis über die Ledigkeit der Heiratsanwärter zu verlangen, doch konnte sie durchaus nicht verstehen, weshalb Ausländer verpflichtet waren, für ihre Hochzeit die schriftliche Unterstützung ihrer jeweiligen Regierungen zu erwirken. Die strengen Heiratsbestimmungen der DDR, so schlussfolgerte die UASA, kontrastierten scharf mit den westeuropäischen Standards und führten dazu, dass die Verbandsmitglieder sich gegen die DDR wandten.<sup>120</sup> Entsprechende Proteste waren keine Seltenheit. So protestierten 1965 einhundert Studenten gegen die Versuche des Innenministeriums, eine DDR-Bürgerin von der gemeinsamen Ausreise mit ihrem kongolesischen Ehemann abzuhalten, dem nach seinem Ausschluss vom HI die Abschiebung drohte. Die Frau, der das MdI schließlich doch ein Ausreisevisum ausstellte, behauptete, ein SHF-Mitarbeiter habe sie gewarnt, im Kongo gebe es „Menschenfresser“.<sup>121</sup>

Doch was war der Grund für den Widerstand des Staates gegen bikulturelle Beziehungen und Eheschließungen? Die DDR hielt ihr Ausländerstudium für insofern absolut grundverschieden von demjenigen des Westens, als sie sich nicht am *brain drain* aus den Entwicklungsländern beteiligen wollte. Bei der Umsetzung dieser Politik betrachteten DDR-Funktionäre es als ihre Pflicht, jenen Erscheinungen vorzubeugen, die sie als „Entfremdung“ oder „Entwurzelung“ der Ausländer von ihrer ursprünglichen Kultur und Heimat interpretierten. Demgemäß waren Ausländer, die aus welchem Grund auch immer in der DDR zu bleiben wünschten, den DDR-Behörden genauso verdächtig wie diejenigen DDR-Bürger, die ihrem Wunsch Ausdruck verliehen, das Land zu verlassen. Tatsächlich gab das KAS 1969 zu verstehen, es sei der „politisch-ideologischen Diversionstätigkeit“ der „Klassen-

---

118 Batra, *Studium bei Freunden?*, S. 10.

119 Vgl. Heidrun Budde, *Voyeuse im Namen des Sozialismus. Ehe Ost-West nach 1972*, Berlin 1999.

120 Bericht über eine Beratung des Exekutivkomitees der UASA und der DAFRIG am 7.12.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/56, Bl. 5.

121 Informationsbericht über die Situation unter den ausländischen Studenten, insbesondere in Auswertung von Vorfällen in der Öffentlichkeit, 4.2.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/1937, Bl. 7f.

gegner“ geschuldet, wenn ausländische Studierende – und unter ihnen vor allem die „Träger destruktiver Auffassungen“ – sich ermuntert fühlten, in der DDR zu bleiben.<sup>122</sup>

Vor dem Hintergrund ihrer Wahrnehmungsmuster sahen die Behörden in diesen Beziehungen nur selten – wenn überhaupt – das, was sie aller Wahrscheinlichkeit nach waren, nämlich ein in freier Übereinkunft gefundener Ausdruck der Liebe zwischen erwachsenen Menschen. Ließen ostdeutsche Frauen sich mit ausländischen Männern ein, waren sie mit einem explosiven Gemisch paternalistischer und rassistischer Einstellungen konfrontiert und mussten sich mit Anschuldigungen der Behörden auseinandersetzen, die ihnen vorwarfen, der Zweck ihrer Beziehungen sei es letztlich, die DDR zu verlassen. Ein Schreiben der DDR-Botschaft in Moskau von 1958 zeigt, dass das sogar für DDR-Bürgerinnen galt, die in der UdSSR studierten:

„Ein besonderes Problem stellen die Beziehungen zwischen Jungen und Mädchen und die damit verbundene Heiratsfrage dar. Mit dieser Frage mußten wir uns in letzter Zeit vor allem in Leningrad beschäftigen. Dabei ist die Frage nicht als Besonderheit Leningrads zu betrachten. Die Genossen in der Leitung haben hier aufgrund einiger besonders unliebsamer Erscheinungen die Frage ernsthafter aufgegriffen. Es ging um das Verhalten einiger Mädchen jüngerer Kurse, die recht leichtsinnige, oberflächliche und wechselnde Beziehungen, besonders mit Studenten anderer Länder eingingen, die in zwei Fällen bei Studentinnen des 2. Kurses schon zur Schwangerschaft führten. Vorherige Aussprachen mit ihnen brachten keine Änderung ihres Verhaltens. Nach Behandlung dieser Frage, die nicht nur auf die beiden Fälle orientiert war, vor dem Aktiv der Landsmannschaft, wurden beide Mädchen in die DDR zurückgeschickt.“

Mit ihrer freiwilligen Heirat, so behauptete die Botschaft, verletzten die „Mädchen“ die „von ihnen eingegangene Verpflichtung, nach Beendigung ihres Studiums ihre erworbenen Kenntnisse in den Dienst ihres Staates – der Deutschen Demokratischen Republik – zu stellen“.<sup>123</sup> Auch von Ausländern wurde erwartet, dass sie sich dem Gemeinwohl unterwarfen. Beinahe dreißig Jahre später erinnerte der FDGB einen kolumbianischen Studenten, der seine ostdeutsche Freundin heiraten und in der DDR bleiben wollte, an seine „Pflicht als Genosse [...], nach Erfüllung seines Auftrages in der DDR in seine Heimat zurückzukehren und dort seinen Platz im Kampf seines Volkes einzunehmen“.<sup>124</sup>

In den Augen der DDR-Funktionäre verstießen die DDR-Bürgerinnen nicht nur gegen einen ungeschriebenen Vertrag mit der eigenen Regierung, sondern setzten sich auch großer Gefahr aus, wenn sie sich dafür entschieden, mit ihren ausländischen Gatten den Wohnsitz im Ausland zu nehmen. Ohne auch nur über den kleinsten Beleg dafür zu verfügen, behauptete die erste MfS-Dissertation über Ausländer 1965:

„Tatsache ist auch, daß [...] die Mehrzahl der ehemaligen Studentinnen in den Heimatländern ihrer Ehepartner nicht mehr entsprechend ihrer Qualifikation arbeiten können [sic] und in extremen Fällen sogar in echte Gefahrensituationen und soziale

---

122 Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 15.

123 Schreiben der DDR-Botschaft in Moskau an das MfAA, o.D., um Januar 1958, DY 30/IV 2/9.04/624, Bl. 56f.

124 Aktenvermerk, o.D., circa Februar 1985, SAPMO-BArch, DY 34/13001.

Gefährdung kamen (Klimaverträglichkeit, Scheiterung [sic] an sozialen Verhältnissen, Prostitution).“<sup>125</sup>

Die ausländischen Studierenden davon zu überzeugen, dass sie ihre Zeit in der DDR als zeitlich begrenzte, transitorische Episode ihrer Biographie betrachten sollten, erwies sich als schwierig. In den Augen vieler Ausländerstudenten stand die DDR für eine in ihren eigenen Ländern unerreichte politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität. So wurden sie darüber hinaus beständig an die relative Rückständigkeit ihrer Heimatländer erinnert und daran, welch langer und mühsamer Kampf vor ihnen lag, wollten sie die Überreste des Kolonialismus zerstören. Deshalb fragten sich viele Ausländer, wo sich ihre eigene, ganz persönliche Zukunft am besten gestalten ließe.

### 3.3 Rassismus

Der Widerstand, mit dem die DDR-Behörden unbeaufsichtigten Freundschaften und binationalen Beziehungen begegneten, war nur das sichtbare Zeichen der tiefer liegenden rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen in der ostdeutschen Gesellschaft. Der DDR-Staat stritt die Existenz jeglicher Form des Rassismus innerhalb der Bevölkerung kategorisch ab, und diese Leugnung wird von einigen Seiten auch heute noch aufrechterhalten. Ein ehemals führender Funktionär der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft (DAFRIG) behauptete 1993:

„Die Frage nach einer Konkurrenz um den Arbeitsplatz mit Deutschen stellte sich mithin überhaupt nicht. Vielmehr waren die Hinterlassenschaften direkter Kolonialherrschaft in Afrika durch die Massenmedien der DDR in einem Maße bekannt, daß der einzelne Afrikaner, wo immer er in Erscheinung trat, mehr mit Sympathie als mit ablehnender Haltung rechnen konnte. Auch sprachen die vor allem am Herder-Institut ausgebildeten Afrikaner ein gutes Deutsch und konnten sich mithin mit der Bevölkerung verständigen. Wenn manche schließlich ein hervorragendes Sächsisch sprechen konnten und Radeberger Pils von anderen Biersorten zu unterscheiden wußten, so ist dies nur ein kleines Zeichen für die insgesamt gesehen guten Beziehungen zur Bevölkerung der DDR in den 50er und 60er Jahren.“<sup>126</sup>

Die Erfahrungen ausländischer Studierender in den sechziger Jahren jedoch zeigen, wie irrig solche Behauptungen sind. Während viele Studenten Rassismus als unvermeidliche Begleiterscheinung eines Lebens im Westen betrachteten, schockierte seine Existenz in einem sozialistischen Land doch die meisten von ihnen. Ein afrikanischer Student, der die DDR verlassen hatte, um nach Westdeutschland einzureisen, sagte einem US-Journalisten 1967:

„If we go to the United States we know we may meet discrimination. We don't like it, but it doesn't surprise us. But we are taught there is no discrimination under communism. When we find out differently, it hurts.“<sup>127</sup>

125 Vgl. die Diss. von Paulsen, Bl. 39.

126 Peter Sebald, *Völkerfreundschaft oder Auslandsinformation. Impressionen zum Wirken der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft*, in: Hans-Georg Schleicher/Ilona Schleicher/Ulrich van der Heyden (Hg.), *Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken*, Hamburg 1993, S. 79–94, hier S. 81f.

127 Ellis, *African Students Vault Iron Curtain*, S. 9.

Die DDR war das Opfer ihrer eigenen Propaganda. In der Entwurfsfassung eines Prospektes für ausländische Studierende rühmte man sich 1959: „In der DDR ist jede Rassendiskriminierung gesetzlich unter Strafe gestellt. Die werktätige Bevölkerung ist stolz darauf, den Studierenden [...] eine Studienwahlheimat zu geben.“<sup>128</sup> Am 1. Mai-Feiertag in Merseburg wurden 1969 zwei sudanesischen Studenten von drei ostdeutschen Angreifern beleidigt und attackiert. Die DDR-Bürger schriegen die Studenten an: „Ihr schwarzen Schweine, was sucht ihr hier, ihr studiert nur auf unsere Kosten“.<sup>129</sup>

Die reichlich vorhandenen Belege für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den sechziger Jahren sind kaum geeignet, die Behauptung zu stützen, derzufolge Rassismus in der DDR ausschließlich ein Produkt der krisengeschüttelten achtziger Jahre war.<sup>130</sup> In den Jahren 1964/65 gab es eine erhebliche Zunahme rassistischer Zwischenfälle, die selbst die UASA überraschte. Im nächsten Absatz folgt eine Liste der registrierten rassistischen Zwischenfälle, die sich – wenn nicht anders angegeben – in Leipzig oder den an die Stadt angrenzenden Gebieten zwischen April 1964 und Februar 1965 ereignet haben. Ein generelles Muster ist erkennbar: die Angriffe fanden im öffentlichen Raum statt, sie waren grundlos, die Täter waren männliche DDR-Bürger – üblicherweise betrunken und aus einem breiten Spektrum verschiedener Milieus (Studenten, Restaurantpersonal, Volkspolizisten und Soldaten der Nationalen Volksarmee) –, während vor allem Studenten aus dem subsaharischen Afrika Opfer der Angriffe wurden. Im genannten Zeitraum gab es folgende rassistischen Übergriffe:

Im April 1964 wurde ein algerischer Student von einem DDR-Bürger beleidigt und tödlich angegriffen. Mit der Begründung, seine Gäste mögen keine Afrikaner, weigerte sich der Besitzer des Restaurants „Baumgarten“ im darauffolgenden Monat, zwei Studenten einen Platz anzuweisen. Ebenfalls im Mai 1964 wurden zwei syrische Studenten von einem DDR-Bürger tödlich angegriffen, während in derselben Nacht ein Student aus Nigeria im Restaurant der HOG Parkgaststätte völlig grundlos verbalen und körperlichen Attacken von Seiten dort anwesender DDR-Bürger ausgesetzt war. Im Juni musste ein ghanaischer Student sich von einem betrunkenen DDR-Bürger dasselbe gefallen lassen – dieser schlug ihn ins Gesicht. Im Juli wurde ein kongolesischer Student in der Straßenbahn von einem DDR-Bürger beleidigt. Ohne erkennbaren Anlass wurde im September ein Student aus Malawi von drei ostdeutschen Studenten der Veterinärmedizin verprügelt. Im selben Monat wurde ein Nigerianer von drei DDR-Bürgern angegriffen. Im Oktober wurde ein kongolesischer Student von einem Angehörigen der Bereitschaftspolizei im „Carola Casino“ beleidigt. Ende Dezember wurde ein marokkanischer Lehrling bei einem von ihm nicht provozierten Angriff in Wendisch-Rietz durch Messerstiche beinahe getötet. Während er eines Nachts auf dem Nachhauseweg war, stürzten die vorbestraften und betrunkenen Angreifer sich auf ihn. Ebenfalls Ende Dezember wurde ein aus Mali stammender Gast des Mitropa-Restaurants in

---

128 Entwurf eines Informationsblattes für ausländische Studierende in der DDR, o.D., circa Januar 1959, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/610, Bl. 164 (Rückseite) u. 164. In seinem Text „Studium bei Freunden“ übernahm von Oettingen viele Aussagen dieses Entwurfs, vermied aber in eklatant auffälliger Weise jede Bezugnahme auf Rassismus.

129 Störende und gegnerische Aktivitäten im Bereich des Ausländerstudiums der DDR, 2.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 8f. Vier Wochen später griff eine Gruppe Deutscher aus derselben Bar die sudanesischen Studenten erneut an.

130 Andrzej Stach/Saleh Hussain, *Ausländer in der DDR. Ein Rückblick*, Berlin 1991, S. 18.

der Berliner Friedrichstraße von zwei alkoholisierten ostdeutschen Gästen beleidigt und geschlagen; diese hatten zudem Bier auf seinen Teller geschüttet und in sein Essen gespuckt. Als er sich bei der Restaurant-Leitung beschwerte, versuchte der Kellner, ihn rauszuwerfen. Er wurde später von der Transportpolizei verhaftet, die versuchte, ihn zur Unterschrift einer Haftungsübernahmeerklärung zu zwingen, was er verweigerte. Am Silvesterabend waren zwei südafrikanische Studenten und ihre ostdeutschen Freundinnen in einer Bar in Mittweida einem Schwall rassistischer Beleidigungen ausgesetzt. Nachdem sie vom Personal und dem Geschäftsführer der Bar absichtlich ignoriert worden waren, wurden die vier immer wieder als „Negerhuren“ und „Nigger“ beschimpft, die „zurück in den Busch“ gehen sollten. (Bereits zuvor war einer der ostdeutschen Freundinnen in der Öffentlichkeit gesagt worden: „Bei Hitler hätten wir dir die Haare geschoren“, während einer der beiden Afrikaner wenige Wochen später auf der Straße als „Negerschwein“ bezeichnet wurde.) Mitte Januar 1965 wurde ein Student aus Mozambique von zwei betrunkenen DDR-Bürgern angegriffen. Einige Tage später wurden zwei sudanesischen Studenten und ihre ostdeutschen Freundinnen von zwei NVA-Angehörigen (einem Unteroffizier und einem Leutnant) beleidigt, die die beiden Frauen in „unhöflicher Weise“ zum Tanz aufgefordert hatten. Es gab eine Schlägerei, und andere Gäste feuerten die Soldaten an, während ein Gast „Schmeißt die Schwarzen raus!“ rief und ein anderer Fotos machte.

Zwar richtete dieser Rassismus sich vor allem gegen afrikanische Studenten, doch bekamen auch andere Gruppen zu spüren, dass ihnen mit wachsender Feindschaft begegnet wurde. Anfang 1965 zum Beispiel wurde eine Griechin, deren Mann gerade ein Geschäft betreten hatte, von einer Gruppe ostdeutscher Jugendlicher angepöbelt, bedroht und gewarnt, sie möge sich von Ausländern fernhalten. Ungefähr um die gleiche Zeit vermerkte ein Professor aus Kolumbien, der bereits einige Jahre Forschungsaufenthalt in Leipzig hinter sich hatte, wie sehr sich rassistische Einstellungen in der Bevölkerung verstärkt hatten. Er selbst war der Demütigung durch einen Deutschen ausgesetzt gewesen, der ihm ins Gesicht gefasst hatte, um zu sehen, ob seine Hautfarbe „echt“ sei. Der Kolumbianer bemerkte überdies, es komme inzwischen ständig vor, dass ostdeutsche Gäste in Restaurants oder Lokalen ihren Tisch verließen, wenn Ausländern ein Tisch in ihrer Nähe angewiesen wurde.<sup>131</sup>

Die „immer gespannteren Verhältnisse“ in Leipzig waren Gegenstand eines detaillierten Memorandums, das Sheku S. Magona, der aus Sierra Leone stammende Präsident der UASA, Anfang 1965 verfasste und an eine Reihe von Staats- und Parteistellen schickte.<sup>132</sup> Während das Dokument sich in Teilen der standardisierten Analysen und Terminologie der SED bediente – wofür Magonas Warnung bezeichnend war, eine Eskalation des Problems könne nur dazu führen, die antikommunistische Agenda der „imperialistische[n] Presse“ zu munitionieren – beschrieb der Text das Problem doch mit dem Begriff „Rassismus“ und unterschied sich darin von den DDR-Analysen, die das Wort beharrlich vermieden.

---

131 Zu den in den beiden letzten Absätzen geschilderten Vorfällen vgl. Informationsbericht über die Situation unter den ausländischen Studenten, insbesondere in Auswertung von Vorfällen in der Öffentlichkeit, 4.2.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/1937, Bl. 1–4. Für den Fall in Wendisch-Rietz vgl. Bericht über den Angriff auf den Marokkaner Abdellatif B. in Storkow am 29.12.1964, SAPMO-BArch, DY 34/7286.

132 Abschrift eines Schreibens der UASA, o.D., um Februar 1965, BArch, DO 1/8.0/41383, passim.

Während Magona (wie die SED) glaubte, der Rassismus werde mit der Entwicklung des Sozialismus verschwinden, legte er doch zugleich nahe, er sei in der ostdeutschen Bevölkerung (und vor allem bei der DVP) stärker verbreitet und populärer, als irgendein SED-Bericht jemals zu behaupten wagte. Rassistische Einstellungen würden, so Magona, nicht nur von jenen zum Ausdruck gebracht, die immer noch dem „berüchtigten Hitlerismus“ die Treue hielten, sondern von einem sehr viel größeren Teil der Ostdeutschen, die Gefangene eines spezifischen „historische[n] und psychologische[n]“ Erbes seien. Er beschwerte sich über das alltägliche „unfreundliche Verhalten“ gewisser Arbeiter (wie Verkaufspersonal, Bus- und Straßenbahnfahrer, Kellner und Postbeamte), vor allem aber über „Arroganz, Eifersucht, und vielleicht auch Haß“ der Fahrer des Leipziger Taxiverbands, von denen viele sich weigerten, Afrikaner zu befördern, wenn diese in Gesellschaft deutscher Frauen waren. Die DVP hob er besonders hervor, und Magona zufolge hatten „Parteilichkeit und Brutalität“ der Volkspolizei gegenüber Afrikanern deren Vertrauen in das Rechtssystem der DDR zerstört. Die deutsche „Rassenarroganz“, so fuhr er fort, kleide sich in eine Vielzahl verschiedener Formen. Da seien zunächst diejenigen, die „befangen in einem in Rassenarroganz verankerten Überheblichkeitsgefühl, sich oft auf Kosten der Afrikaner amürieren [sic]“. Zweitens gebe es die „staatsfeindliche[n] Elemente“, die es auf Ausländer abgesehen hätten, um die DDR zu diskreditieren. Schließlich – und für uns vielleicht am interessantesten – nennt er als dritte Gruppe diejenigen, die dem Anschein nach „Parteigenossen oder gute Bürger“ seien; diese „provizieren uns bewusst, um 1. die hochgeachtete Partei vor uns als Ausländer zweifelhaft erscheinen zu lassen, und 2. Unterstützung für ihre Hetze gegen Afrikaner auf raffinierte Art zu finden“. Magona argumentierte, die ostdeutschen Perzeptionen der Ausländer würden von der Persistenz kolonialer Stereotypen in den DDR-Medien genährt. Der DEFA warf er vor, ihr ausschließlicher Fokus auf die „Übel der Kolonialbarbarei“ präsentiere dem deutschen Publikum ein antiquiertes Bild des afrikanischen Kontinents und seiner Bewohner und lasse die Entwicklungen seit der Unabhängigkeit von kolonialer Herrschaft außer Acht. Dementsprechend sei es für Afrikaner auch nicht ungewöhnlich, mit Fragen wie „Sagen Sie mal, wohnen sie zu Hause immer noch auf den Bäumen?“ oder „Fressen Sie noch Menschen?“ konfrontiert zu werden. Er war deshalb der Meinung, moderne Repräsentationen Afrikas, die beispielsweise die „miserablen Lebensverhältnisse“ in Angola dem universitären Leben in Ghana oder Nigeria gegenüberstellten, „könnten den deutschen Freunden zeigen, daß die Afrikaner auch nicht außerhalb der dialektischen Welt leben“.<sup>133</sup>

Doch die Analyse sparte auch gegenüber einigen afrikanischen Studierenden nicht mit Kritik, wobei Magona zeigte, dass auch manche Ausländer Gefahr liefen, Rassismus aus politischen oder ideologischen Gründen zu unterschätzen. Er machte geltend, viele Mitglieder der von ihm präsidierten Studentenvereinigung litten noch unter den „historische[n] und psychologische[n] Faktoren“ des Kolonialismus, die ein tiefes „Mißtrauen verbunden mit

---

133 Bei den Feiern zum „Internationalen Kampftag der Jugend und Studenten gegen Kolonialismus“ desselben Jahres wiesen afrikanische Studenten der Ingenieurschule (IS) für Kraftfahrzeugtechnik Zwickau im Übrigen darauf hin, dass die „Einstellung unter der Bevölkerung durch falsches Regieren des Rundfunks und Fernsehens genährt wird. Wenn beispielsweise ein Sänger oder eine Sängerin bzw. eine Kapelle mit Menschen schwarzer Hautfarbe angekündigt wird, so heißt es eben ‚die Neger Sängerin‘, ‚der Neger Sänger‘ oder ‚die Negerkapelle‘ spielen oder treten auf.“ Schreiben der IS Zwickau an die SHF, 10.5.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/2836.

Empfindlichkeit gegenüber den Weißen“ zum Ergebnis hätten. „Späße verletzten leider deswegen einige empfindlich.“ Darüber hinaus gebe es eine Minderheit von „schwarzen Schafen“, die unfähig und unwillig seien, sich an die deutsche Lebensweise anzupassen. Weil sie von den „Bräuchen und Sitten der Deutschen“ so wenig wüssten wie von den politischen Entwicklungen in Ostdeutschland seit 1945, seien sie unfähig, den gegenwärtigen Klassenkampf mit der notwendigen Objektivität zu betrachten. Das jedoch lasse sie „ideologisch unklar [...], was dazu führt, daß sie Opfer von Provokation und anderen asozialen Geschehens werden“. Eine noch kleinere Gruppe von Reaktionären provoziere die Ostdeutschen, „um ihr antisozialistisches Mütchen zu kühlen“.

Die Welle rassistischer Übergriffe in den Jahren 1964 und 1965 sowie die Art der staatlichen Reaktionen darauf waren alles andere als außergewöhnlich. Die DDR-Funktionäre waren bemüht, die Illusion vom antirassistischen Staat aufrechtzuerhalten und versuchten sogar, eine Diskussion über Rassismus unter den Opfern rassistischer Aggressionen zu verhindern. Die Reaktionen des SHF und der Abt. Internationale Verbindungen auf Magonas Memorandum offenbarten die beiden Grundzüge aller DDR-Annäherungen an das Phänomen Rassismus: rassistische Zwischenfälle wurden erstens als Ergebnis von „Missverständnissen“ behandelt, für die zweitens die Machenschaften des Westens oder die ausländischen Studierenden selbst verantwortlich gemacht wurden. Obwohl die Abt. Internationale Verbindungen einräumte, es gebe „noch vorhandene Züge nationaler Überheblichkeit und Vorurteile bei unseren Bürgern zurückzudrängen“, blieb sie eisern bei ihrer Meinung, die Unzufriedenheit der Afrikaner sei den „ständigen Versuchen des Gegners [geschuldet], gerade unter diesen Bürgern Provokation [sic] zu starten und sie zu politischen Aktionen zu mißbrauchen“.<sup>134</sup>

Idealerweise, so hoffte die DDR, würde die Anwesenheit ausländischer und vor allem afrikanischer Studierender ihre Behauptung unterstreichen helfen, dass Rassismus und Diskriminierung in der Folge der politischen und ökonomischen Transformation in der DDR ausgerottet worden waren. Demgemäß wurden ausländische Studenten bei politischen Versammlungen und in Fabriken zur Schau gestellt – so auch 1963 bei einem Vorbereitungstreffen im Vorfeld der Wahlen zur Volkskammer:

„So trat in Dresden ein Student aus Schwarzafrika auf, der schilderte, wie Angehörige seines Volkes zu Beginn dieses Jahrhunderts im Dresdner Zoo als Anschauungsobjekt ausgestellt waren und verglich mit der heutigen Situation, wo zahlreiche schwarze Studenten völlig gleichberechtigt mit ihren deutschen Freunden studieren. Das war eine nachhaltige Demonstration der großen Veränderung, die unter Führung der Arbeiterklasse in einer so wichtigen Frage, wie dem Rassenproblem [sic], erreicht wurde und hinterließ bei den Teilnehmern der Konferenz großen Eindruck.“<sup>135</sup>

---

134 Informationsbericht über die Situation unter den ausländischen Studenten, insbesondere in Auswertung von Vorfällen in der Öffentlichkeit, 4.2.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/1937 sowie: Information zu einigen Problemen der politischen Arbeit mit ausländischen Bürgern, 9.3.1965, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466. Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Schreiben der UASA zur Abfassung der ersten MfS-Dissertation über Ausländer führte, vgl. die Diss. von Paulsen.

135 Inhalt, Formen und Methoden der Propagierung der marxistischen-leninistischen Theorie unter den ausländischen Studenten und ihre Heranführung an die sozialistische Wirklichkeit, o.D., circa Oktober 1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/467, Bl. 9.

Studenten jedoch, die abseits der Blicke der inszenierten Öffentlichkeit versuchten, über die Existenz rassistischer Einstellungen in der DDR zu diskutieren, fanden ein weniger begeistertes Echo. Ein afrikanischer Student an der Humboldt-Universität, der 1961 in einer Hochschul-Wandzeitung über rassistische Diskriminierung in der DDR schrieb, wurde von der aufgebrauchten Universitätsleitung zwangsexmatrikuliert und abgeschoben.<sup>136</sup> Und im selben Jahr behauptete ein südafrikanischer Student im Gespräch mit einem FDGB-Funktionär, Afrikaner, die versuchten, „kritische Hinweise über die Haltung einzelner Menschen gegenüber Afrikanern“ zu geben, hätten die Erfahrung gemacht, dass wütende Funktionäre das Gespräch mit dem Argument abbrechen, dass „solche Diskussionen das Ansehen der DDR untergraben“.<sup>137</sup> Ausländische Studierende an der IS Werkzeugmaschinenbau in Karl-Marx-Stadt, die anlässlich des „Internationalen Kampftags der Jugend und Studenten gegen Kolonialismus“ ein Schlaglicht auf ihre eigenen Erfahrungen mit „Nationalismus und Rassenhaß“ in der DDR warfen, wurden ironischerweise vom Direktor der Hochschule als Linksradikale abgetan, die auf „Meinungsverschiedenheiten“ mit DDR-Bürgern ganz einfach überreagiert hätten.<sup>138</sup>

Die Reaktionen des MfS waren gleichermaßen abweisend. In der Tat bescheinigte die erste MfS-Dissertation zum Thema den Ausländern, sie litten an einem „stark ausgeprägten[n] Gerechtigkeitsgefühl“. Neuankömmlinge aus afrikanischen Ländern waren dabei am problematischsten, weil die jungen Studenten, so wurde in der Dissertation argumentiert, oft in „Schlägereien und Krawalldelikte“ mit der einheimischen Bevölkerung verwickelt würden, was jedoch aus „Mißverständnissen (seltener aus bewußt feindlicher Absicht)“ heraus geschehe. In den Augen des Autors waren viel eher die Afrikaner die Rassisten. Er machte geltend, ihre Anpassung an die DDR-Gesellschaft sei nur eine oberflächliche, „dünne Schicht“, die „zerschmilzt“, wenn sie dem gelegentlich harten und energischen Tonfall der Volkspolizei ausgesetzt werde. Nach solchen Begegnungen bleibe dann nichts mehr zurück als die „jahrhundertealte, fast in den Emotionen wurzelnde ‚Kausalkette‘: Der Weiße ist der Feind des Schwarzen; die weiße Polizei ist der Feind des Schwarzen; die Polizei ist der Feind des Schwarzen“. Noch absurder war die in derselben Dissertation aufgestellte Behauptung, den afrikanischen Studenten, die sich klar und deutlich gegen Rassismus aussprachen, mangle es an Intelligenz. Der Autor sprach von „wenig intelligenten und politisch unklaren oder negativen Ausländern“, die nicht selten zu „Protestaktionen“ bereit seien, um damit auf ihre „unrichtige Behandlung“ durch die DVP zu reagieren. Ihr Benehmen kontrastiere mit dem der „politisch relativ klaren und intelligenten“ Afrikaner, die nach Zwischenfällen eher bereit seien, die Unangemessenheit ihres Verhaltens einzusehen und sich bei den betroffenen DDR-Bürgern und Volkspolizisten zu entschuldigen.<sup>139</sup> Diese Dissertation zeigt vielleicht besser als jedes andere Dokument, wie DDR-Funktionäre rassistisches Denken mit der aktuellen politischen Sprache verwoben. Politische Ergebnislosigkeit und die Bereitschaft, sich der von der SED avisierten politischen und sozialen Ordnung zu unterwer-

136 Informationsbericht vom 28.10.1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/638, Bl. 118–128, hier Bl. 121 (Rückseite).

137 Aktennotiz über die Aussprache mit dem Koll. H. (Republik Südafrika) am 25.11.1961, SAPMO-BArch, DY 34/2123.

138 Schreiben der IS Werkzeugmaschinenbau Karl-Marx-Stadt an die SHF, 27.4.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/2836.

139 Vgl. die Diss. von Paulsen, Bl. 32–35.

fen, wurden mit Intelligenz gleichgesetzt, unabhängiges, eigensinniges und widerspenstiges Verhalten dagegen galt als Beweis unterdurchschnittlicher geistiger Fähigkeiten.

Demgemäß brachten Hochschulfunktionäre in Ilmenau die vermeintliche Überempfindlichkeit eines Studenten aus Ghana („er denkt immer gleich an Diskriminierung“) mit dem Umstand in Zusammenhang, dass er eine Missionarsschule besucht hatte und praktizierender Katholik war. Im Unterschied dazu war sein Landsmann, seines Zeichens Präsident der ghanaischen NSV, sehr viel politischer eingestellt. Dieser war ein „gern gesehener Gast“ bei Jugendweihefeiern und Jugendstunden und – so implizierte diese Darstellung – ein glücklicherer Mensch, der mit der DDR zufriedener war.<sup>140</sup>

Offensichtlich lag es in der Verantwortung der Ausländer, sich an die „gesellschaftliche[n] Verhältnisse“ in der DDR anzupassen, was ganz klar auch zur Folge haben sollte, dass sie ihre Behandlung durch Volkspolizei und Bevölkerung akzeptierten. Die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft standen nicht zur Diskussion, wie ein Bericht der TU Dresden von 1962 über Studenten aus dem subsaharischen Afrika deutlich machte:

„Über ihr Auftreten in der Öffentlichkeit sind uns keine Klagen zugegangen. Ein Teil verwendet noch zu viel Zeit für Freundschaften mit Frauen und Mädchen. Ihr Verhältnis zu den Menschen unserer Republik ist herzlich, sie sind jedoch auch schnell zu Mißtrauen bereit, insbesondere vertragen sie nicht, wenn sie wegen ihrer dunklen Hautfarbe auffällig betrachtet werden“.<sup>141</sup>

Sogar wenn Ausländer tätlich angegriffen wurden, neigten die Repräsentanten der DDR dazu, ihnen selbst die Schuld dafür zu geben, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Einem sudanesischen Studenten in Merseburg, der 1961 – nach Ansicht der Hochschulvertreter selbst „leider nicht ganz unschuldig“ – in eine Schlägerei verwickelt wurde, teilte man schlicht und einfach mit, dass „gewisse Gaststätten zu meiden sind“.<sup>142</sup> Die Botschaft der Verantwortlichen war eindeutig: Ausländer mussten lernen, wo ihr Platz war und wie Auseinandersetzungen umgangen werden konnten, indem sie mögliche Konfliktherde auch physisch mieden.

Funktionsträger und Bevölkerung der DDR stürzten sich mit Eifer auch auf die harmlosesten Verfehlungen von Ausländern, obwohl ausländische Studierende in der Verbrechenstatistik ein zu vernachlässigender Faktor waren.<sup>143</sup> Von Ausländern ausgehende symbolische oder legale Normverletzungen wurden von der Bevölkerung besonders aufmerksam beobachtet und kritisch beurteilt. In Reaktion auf das Magona-Memorandum listete das SHF nicht nur Vorkommnisse aus Leipzig auf, bei denen Ausländer Opfer tätlicher Angriffe wurden, sondern referierte auch zehn Zwischenfälle mit Beteiligung vor allem afrikanischer Studenten, die „durch ihr ungehöriges Auftreten in der Öffentlichkeit großen moralischen Schaden anrichteten“. Wie die Liste der Angriffe auf Ausländer suggerierte, agierten in der Mehrheit der Fälle betrunkene Studenten, wobei kaum Hinweise auf rassistische Motive

---

140 Bericht der TH Ilmenau über die ghanaischen Studierenden im Studienjahr 1964/65, o.D., BArch, DR 3/1. Schicht/1937.

141 Studenten aus Schwarz-Afrika (außer Ghana), o.D., circa 1962, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/2, Bl. 3.

142 Analyse ausländischer Studenten per 15.8.1962, BArch, DR 3/1. Schicht/1935/3.

143 So ermittelte die Volkspolizei beispielsweise im Studienjahr 1965/66 nur in 26 Fällen, in die ausländische Studierende verwickelt waren. In der Hälfte der Fälle mündeten die Ermittlungen in eine Gerichtsverhandlung. Vgl. Statistik für das Studienjahr 1965/66 (Studenten), o.D., BArch, DR 3/2. Schicht/4067.

vorlägen. In krassem Gegensatz zu dieser sachbezogenen und unkritischen Auflistung von Zwischenfällen, bei denen Ausländer von Ostdeutschen angegriffen wurden, schrieb der Bericht von der „dreisten“ und „unverschämten“ Haltung vieler Ausländer. Diese komme in ihrer Weigerung, den Anweisungen der Volkspolizei Folge zu leisten oder sich verhaften zu lassen genauso zum Ausdruck wie in ihrer Neigung, Ostdeutsche als „Nazis oder Faschisten“ schlecht zu machen.<sup>144</sup>

Im Juni 1964 wurde eine ostdeutsche Frau in der Straßenbahn von einem Studenten aus Tanganjika geschlagen. Sie hatte hinter ihm gesessen und zusammen mit ihrem Kind ein Kinderbuch mit Illustrationen gelesen. Der Student nahm Anstoß daran, dass sie sagte: „Guck mal, ein Teddy“. Im darauffolgenden Monat brach ebenfalls in der Straßenbahn eine Schlägerei zwischen drei ostafrikanischen Studenten aus. Andere Fahrgäste gingen dazwischen, der Fahrer wurde aufs Kinn geschlagen. Ebenfalls im Juli steckte ein betrunkenener somalischer Student am Leipziger Hauptbahnhof seinen Kopf durch ein Fenster der Straßenbahn. Im August begannen zwei kenianische Studenten eine Schlägerei, nachdem zwei Mädchen, mit denen sie sich zuvor getroffen hatten, zu zwei DDR-Bürgern „überwechselten“. Im selben Monat beleidigte ein guineischer Student in der Orionbar andere Gäste als „Nazis und Faschisten“ und widersetzte sich später seiner Verhaftung. Im September schlug ein Student aus Sansibar eine ostdeutsche Frau mehrfach ins Gesicht, nachdem sie sich geweigert hatte, ihn von der Bar des Schauspielhauses in ein anderes Lokal zu begleiten. Im Oktober mischte ein Student aus Uganda ein rauschendes Fest im Tivoli-Kabarett auf, nachdem ihm der Zutritt mit der Begründung verwehrt wurde, er trage Nietenhosen. Im November schlug ein afrikanischer Student im staatseigenen Restaurant „Am Zoo“ eine Kellnerin, weil sie ihn wiederholt gebeten hatte, die gebrauchten Teebeutel nicht auf dem Tischtuch abzulegen. Anfang 1965 informierte Dr. Seiler, der leitende Hautarzt der Polikliniken Leipzigs, das HI darüber, dass Dermatologen verschiedener Polikliniken sich in letzter Zeit über „ungehörige“ Einstellungen von Ausländern beschwert hätten, von denen viele sich weigerten, „Zwangsuntersuchungen“ über sich ergehen zu lassen. Etwa um dieselbe Zeit verursachten zwei Afrikaner eine siebenminütige Verspätung des Schnellzuges auf der Strecke Leipzig-Berlin. Sie hatten keine gültigen Fahrausweise bei sich und weigerten sich, auf Verlangen des Schaffners neue Fahrscheine zu kaufen, was einen außerplanmäßigen Halt in Bitterfeld nötig machte, wo die beiden verhaftet wurden.<sup>145</sup>

Sehr oft waren es die Reaktionen der ausländischen Studierenden auf rassistische Vorkommnisse und nicht diese Vorkommnisse selbst, die für die Verantwortlichen zum Thema wurden. Zum Beispiel wurden am Heiligabend 1960 zwei kongolesische Studenten der HSDG Bernau in einem Ostberliner Café von einer Gruppe Jugendlicher und dem Geschäftsführer beleidigt und mit der Begründung aus dem Lokal geworfen, sie trügen keine Krawatten. Fest davon überzeugt, dass es sich hierbei um einen rassistischen Zwischenfall handelte, wandten die Afrikaner sich in einem Brief an den FDGB und fragten, wie es möglich sei, dass Bürger eines kommunistischen Landes sich in solcher Weise benehmen:

---

144 Informationsbericht über die Situation unter den ausländischen Studenten, insbesondere in Auswertung von Vorfällen in der Öffentlichkeit, 4.2.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/1937, Bl. 4 u. 7.

145 Informationsbericht über die Situation unter den ausländischen Studenten, insbesondere in Auswertung von Vorfällen in der Öffentlichkeit, 4.2.1965, BArch, DR 3/1. Schicht/1937, Bl. 4ff.

„Wir verstehen sehr gut, daß gewisse Deutsche des Ostens uns schwarzen Menschen gegenüber noch eine Überheblichkeit empfinden. Jedenfalls die Frechheit und Brutalität, mit der man uns behandelt hat, sind ein genügender Beweis dafür, daß der Deutsche einen Überheblichkeitskomplex gegenüber dem Afrikaner besitzt [und] daß die Mehrheit in der DDR trotz des Sozialismus, den man immer predigt, Anhänger der Idee des berühmten Hitler ist“.

In seiner Antwort zeigte der FDGB sich ganz und gar nicht begeistert von den Generalisierungen, die die beiden Beschwerdeführer vorbrachten, und deutete im gewohnten Stil des Abstreitens an, die deutschen Missetäter kämen vielleicht aus Westberlin.<sup>146</sup>

Im Großen und Ganzen fiel es den DDR-Stellen immer dann viel leichter, von Rassismus zu sprechen, wenn es um Probleme und Spannungen im Kreis der ausländischen Studierenden selbst ging. Ein Seminar des ZK über Ausländerstudenten vermerkte 1960 die Existenz von „Rassengegensätze[n]“ innerhalb der verschiedenen Studentenvereinigungen.<sup>147</sup> Diese weit verbreitete Tendenz, in den politischen Auseinandersetzungen und Problemen zwischen verschiedenen Ausländergruppen nichts mehr als rassistische Streitereien oder Stammesfehden zu sehen, vertrug sich nur allzu gut mit dem marxistisch-leninistischen Jargon. So behauptete zum Beispiel das HI 1969:

„Bei den meisten der ausländischen Studenten ist die Fähigkeit zu historisch dialektischem Denken nur schwach entwickelt. Ein Klassenstandpunkt fehlt oft ganz und wird durch einen Stammes- oder Rassenstandpunkt ersetzt (Afrikaner, Araber).“

Entsprechend gern mochten die DDR-Stellen den Gedanken, ein Studienaufenthalt in der DDR könne zur antirassistischen Entwicklung der ausländischen Studierenden beitragen. Er ermögliche eine „Bewußtseinsentwicklung“, die dabei helfen könne, „nationalistische Ideen (wie [sie] z.B. unter arabischen Studenten gegenüber den Juden Israels zutage traten) und rassistische Vorbehalte (unter Afrikanern gegenüber den ‚Weißen‘ verbreitet) zurück[zuzurückdrängen“.<sup>148</sup>

Der Marxismus-Leninismus, der als universelle Wahrheit mit universellem Geltungsanspruch hoch gehalten wurde, diente zur Bemäntelung älterer Züge deutscher Arroganz. Die DDR-Funktionäre taten die Wahrnehmungen und Meinungen ausländischer und vor allem afrikanischer Studierender zu einem breiten Themenspektrum immer wieder als falsch ab. So beschwerte sich beispielsweise 1969 das KAS darüber, die afrikanischen Studenten übertrieben die Besonderheit der afrikanischen Gesellschaftsordnung, wenn sie argumentierten, dass jede politische Entwicklung auf dem Kontinent auf die Bedingungen und Bedürfnisse ihrer jeweiligen Gesellschaften abgestimmt werden müsse.<sup>149</sup> In ähnlicher Weise legte die Ideologische Kommission der Universitätsparteileitung der TU Dresden dar, dass die meisten Studenten aus Afrika zwar mit dem DDR-Sozialismus sympathisierten, ihre Inter-

---

146 Schreiben der kongolesischen Bürger M. und B. an den Bundesvorstand des FDGB, 25.12.1960 und Aktennotiz über den Besuch an der HSDG am 18.1.1961, SAPMO-BArch, DY 34/2123.

147 Aktennotiz über eine Beratung im ZK am 17.6.1960, BArch, DO 1/8.0/41383.

148 Bericht über die Situation am Herder-Institut Leipzig, circa 5.2.1969, Bl. 3, und Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, Bl. 4, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513.

149 Analyse der Arbeit im Bereich des Ausländerstudiums an Hoch- und Fachschulen der DDR im Studienjahr 1968/69, 15.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/513, Bl. 17.

pretation desselben jedoch nicht mit derjenigen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ übereinstimme.<sup>150</sup>

Zeigen diese Beispiele, dass sich vor allem Studenten aus dem subsaharischen Afrika im Fadenkreuz rassistischer Einstellungen befanden, so wurden in internen Berichten auch Studenten aus sozialistischen Bruderländern in Europa und anderswo in einem ähnlich chauvinistischem Tonfall beschrieben. Der politische Umbruch in Osteuropa am Ende des Jahres 1956 beeinflusste zum Beispiel ganz direkt das Leben polnischer Studenten in der DDR, die auf ausdrücklichen Wunsch Kurt Hagers unter besondere Aufsicht gestellt wurden. Viele Berichte über polnische Studierende rekurrten auf ältere fremdenfeindliche Diskurse, und unablässig wurden die Polen als nationalistisch, antisowjetisch, proamerikanisch, politisch unreif, arrogant, irgendwie hinterhältig und bisweilen als moralisch kompromittiert beschrieben. Im Oktober 1957 zog das SHF die Bilanz, alle polnischen Studierenden in der DDR seien „politisch noch sehr labil“. Und der leitende Vertreter der polnischen Studenten an der TH Dresden schien nur allzu viele der deutschen Stereotype über die Polen in seiner Person zu vereinigen:

„Es wird vermutet, daß er (wie auch andere Studenten der TH Dresden) des öfteren nach Westberlin fährt. C. ist unter den Studenten in Dresden bekannt durch seine umfangreichen Spekulationsgeschäfte. Er hat sich für solche Geschäfte nachweislich ca. 1500.- DM geliehen und einen lebhaften Handel mit Sonnenbrillen, Uhren, einer Schreibmaschine, einer Strickmaschine, Briefmarken u.ä. geführt. Diese ‚Handelstätigkeit‘ hat es ihm ermöglicht, seine Schulden zu begleichen und sich Dinge zu leisten, die sich normalerweise ein ausländischer Student nicht zu leisten vermag (z.B. hat er sich ein Motorrad angeschafft). Seine Studiendisziplin ist sehr gering. Er fährt sehr oft nach Hause, verwendet sehr viel Zeit für den Umgang mit Frauen und liebt den Alkohol.“

Wenn andere Polen behaupteten, die Lebensbedingungen in ihrem Land seien besser als in der DDR oder wenn sie Forderungen stellten, die ihnen ihrer Stellung nach vermeintlich nicht zukamen, zogen sie sich den besonderen Zorn der DDR-Stellen zu. Die Hochschule (HS) für Elektrotechnik Ilmenau beschwerte sich über drei polnische Studentinnen, die „sehr überheblich und unausgereift“ seien. Des Weiteren hieß es: „Einige dieser polnischen Studentinnen legen ein Benehmen an den Tag, das zur Zersetzung der Studentenschaft der HS führen kann. Sie stellen äußerst anspruchsvolle Forderungen, wie die Beschaffung von Einzelzimmern mit Bad und fließendem Wasser“. Es war zudem bekannt, dass sie Umgang mit Angehörigen der Jungen Gemeinde pflegten. Und am Leipziger Institut für Ausländerstudium (dem Vorläufer des HI), berichteten die Verantwortlichen 1957 über die „Verbrüderung“ von polnischen und ungarischen Studenten.<sup>151</sup>

---

150 Bericht über das Ausländerstudium an der TU Dresden, 27.1.1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/466, Bl. 8.

151 Bericht der Abt. Organisation des ZK an Ulbricht, Neumann u. Matern, 28.3.1957; Arbeit der polischen Studenten an der HS für Elektrotechnik Ilmenau, 12.7.1957; Bericht über die polnische Studentendelegation, 26.8.1957 und Bericht von Hartmann, SHF, 11.10.1957, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/640, Bl. 6, 13, 18, u. 41f.

## 4. Ergebnisse

Es steht außer Zweifel, dass die DDR vielen Menschen eine Hochschulausbildung ermöglichte, die diese Möglichkeit ansonsten niemals gehabt hätten. Die individuellen Bedürfnisse dieser Menschen jedoch wurden vom DDR-Staat im Allgemeinen ignoriert. Trotz der Rhetorik des Internationalismus und der Solidarität sah dieser die ausländischen Studierenden vor allem als diplomatisches und handelspolitisches Kapital an. Die Verantwortlichen führten sich die unvermeidlichen sozialen Konsequenzen nicht vor Augen, die es haben musste, wenn jungen Studierenden über so viele Jahre hinweg erlaubt wurde, in der DDR zu leben, und sie ignorierten durchweg die Existenz rassistischer Einstellungen in der DDR-Gesellschaft. Obwohl es ausländischen Studierenden auf vielen Ebenen gelang, funktionierende Beziehungen mit den DDR-Bürgern zu knüpfen, lehnte die offizielle Politik binationale Ehen mit Rücksicht auf die Entwicklungshilfepolitik der DDR ostentativ ab. Im Namen dieser Politik wurden binationale Paare und Familien auseinandergerissen. Das zerstörte nicht nur viele positive Beispiele interkultureller Verständigung in der DDR, es machte auch die Effekte zunichte, die die DDR sich vom Ausländerstudium erhofft hatte, und hier vor allem die Verbreitung eines positiven DDR-Bildes bei den Bürgern nichtsozialistischer Länder. Weil die DDR sich bei der Entwicklung eines Systems von Nachkontakten mit den Absolventen sehr schwerfällig zeigte, ist es unmöglich, deren Lebensweg nach ihrer Studienzeit in Ostdeutschland anhand von DDR-Quellen nachzuvollziehen. Einiges weist jedoch darauf hin, dass viele Absolventen schlussendlich in Westdeutschland oder bei westdeutschen Firmen im Ausland Arbeit fanden. Ironischerweise hat so letztlich vielleicht gerade die BRD am stärksten von der Umsetzung des Ausländerstudiums in der DDR profitiert.

*Aus dem Englischen übersetzt von Christoph Kalter*

Abbildung 1: *Ausländische Studierende in der DDR (1951-1990) und in den neuen Bundesländern (1991)*

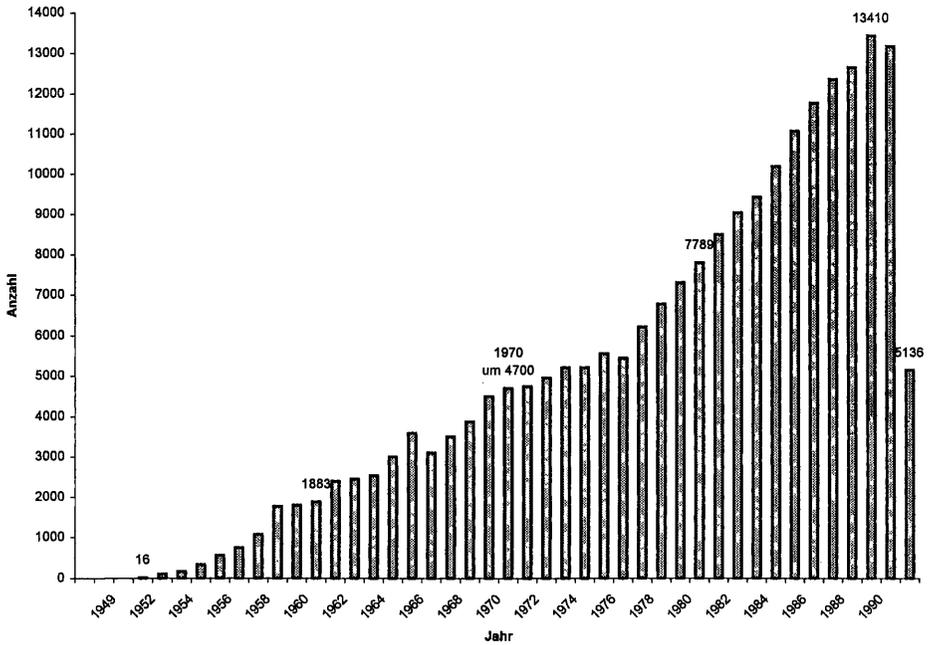
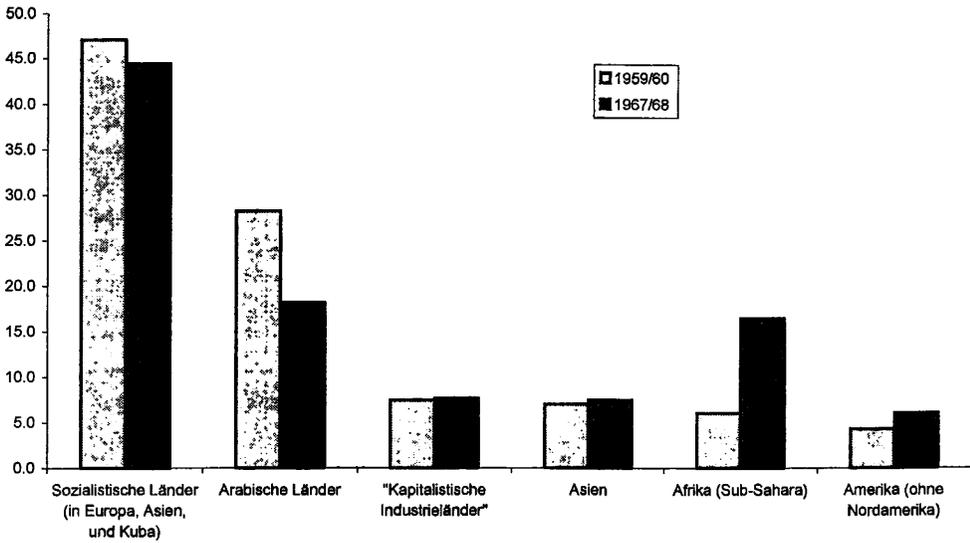


Abbildung 2: *Geographische Herkunft ausländischer Studierender in der DDR in Prozent (Studienjahre 1959/60 und 1967/68)*



*Quelle: Statistik der Studierenden, Stand vom 1.6.1960 (1883 Studierende) und 10.12.1967 (3867 Studierende), BArch, DR 3/1. Schicht/1847 bzw. 2836.*